

Die Anti-Atom-Bewegung auf neuen Wegen?

Die NaturFreunde im Kontext der Anti-Atom-Bewegung zu Zeiten der Energiewende



12-Wochen-Abschlussarbeit zur Erlangung des akademischen Grades „Bachelor of Arts (B. A.)“ an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen

vorgelegt am 12.06.2017

von **Luca Milan Schirmer**

geb. in Herzberg am Harz

1. Gutachter: Dr. Lars Geiges; Institut für Demokratieforschung
2. Gutachter: Dr. Matthias Micus; Institut für Demokratieforschung

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Methodisches Vorgehen	3
2.1 Quellenarbeiten	4
2.1.1 Das Experteninterview	4
2.1.2 Internetressourcen der NaturFreunde	5
2.2 Framing	6
3. Die NaturFreunde Deutschlands	8
3.1 Entstehung und Geschichte der NaturFreunde	8
3.1.1 Die NaturFreunde bis zur NS-Zeit	9
3.1.2 Die NaturFreunde nach 1945	11
3.1.3 Die NaturFreunde heute	12
3.2 Struktur der NaturFreunde	14
4. Anti-Atom-Bewegung	15
4.1 Ziele der Anti-Atom-Bewegung	16
4.2 Entstehung und Geschichte der Anti-Atom-Bewegung	17
4.3 Struktur der Anti-Atom-Bewegung	20
4.4 Die NaturFreunde als Teil der Anti-Atom-Bewegung	21
5. Die Energiewende	23
5.1 Begriffsbestimmung Energiewende	23
5.2 Der Atomausstieg	25
5.3 Ziele der Energiewende	26
6. Der energiepolitische Fokus der NaturFreunde Deutschlands vor der Energiewende	27
6.1 Die Atompolitischen Schwerpunkte der NaturFreunde	27
6.2 Andere Aspekte der Energiepolitik	29
7. Der heutige energiepolitische Fokus der NaturFreunde Deutschlands	31
7.1 Atomenergie	31
7.2 Andere Aspekte der aktuellen Energiepolitik	33
8. Wandel der atom-und energiepolitischen Agenda der NaturFreunde Deutschlands	35
9. Fazit	38
10. Literaturverzeichnis	39

1. Einleitung

Als der deutsche Bundestag 2011 die Energiewende beschloss, rückte das wohl größte Ziel der Anti-Atom-Bewegung in greifbare Nähe. Der Atomausstieg Deutschlands würde bis 2022 Realität werden und in absehbarer Zeit kein einziges Atomkraftwerk (AKW) mehr am Netz sein. Die Tragödie bei Fukushima schien der Bundesregierung die Augen geöffnet zu haben¹. Mit unbekannter Emotionalität gestand die Bundeskanzlerin ein, dass der atompolitische Kurs einer radikalen Wende bedürfe. Sofort wurde ein Teil der deutschen AKWs abgeschaltet, so als wäre das Wissen über das Risiko, das von ihnen ausgeht, erst an diesem Tag bekannt geworden und nicht bereits vor über 50 Jahren. Die Bundesregierung, die nun, fast überstürzt, die Atomkraft abschaffen wollte, war allerdings auch die selbe, die wenige Wochen zuvor den bereits beschlossenen Atomausstieg torpediert und die Laufzeitverlängerung der AKWs vorangetrieben hatte. Eine solch offene politische Kehrtwende ist bundespolitisch vielleicht Beispiellos. Nachdem sich Menschen aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft fast ein halbes Jahrhundert für diesen Wandel eingesetzt und trotz des kontinuierlichen Gegenwinds nicht kapituliert hatten, wurden ihre Forderungen nun auch mit Unterstützung des schwarz-gelben Kabinetts gesetzlich manifestiert². Die Anti-Atom-Bewegung scheint also ihr Ziel erreicht zu haben und wird damit vielleicht die erfolgreichste neue soziale Bewegung Deutschlands sein. Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland heute keine Handlungsgrundlage mehr hätte, da sie ihr Ziel vermeintlich erreicht hat. Doch das stimmt nicht. Sie besteht weiterhin und schafft es immer noch, wenn auch deutlich weniger als noch vor wenigen Jahren, Menschen zu mobilisieren³. So entsteht die Frage, mit welcher Motivation die Aktivist*innen und Organisationen sich heute in der Anti-Atom-Arbeit engagieren.

Dafür kann es unterschiedliche Gründe geben. Beispielsweise war das Abschalten der AKWs in Deutschland vielleicht gar nicht das wichtigste Ziel der Bewegung. Vermutlich sind die wenigsten Individuen und Organisationen einzig an der Atompolitik interessiert. Sie haben meist ein differenziertes politisches Interessensspektrum, das sie möglicherweise auch dazu bewegt die Atompolitik in einem größeren gesellschaftlichen und ökologischen Zusammenhang zu sehen (bei dem mehr getan werden muss als bloß die deutschen AKWs abzuschalten). In dieser Arbeit soll beispielhaft herausgestellt werden, welche Aspekte der Atompolitik die Anti-Atom-Bewegung heute antreiben. Es geht besonders darum darzustellen ob und in welcher Weise sich die thematischen Schwerpunkte der Bewegung durch die Energiewende gewandelt haben. Da der

¹ Radkau 2011

² Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg o.J.

³ Radkau 2011

Bereich der Atompolitik nicht losgelöst von anderen Bereichen, allen voran der Energiepolitik, betrachtet werden kann, wird ein ebenso großes Augenmerk auf den energiepolitischen Fokus der Bewegung gelegt.

Es wird in dieser Arbeit allerdings nicht die gesamte sehr differenzierte Anti-Atom-Bewegung betrachtet, sondern die NaturFreunde Deutschlands e.V. als Teil dieser sozialen Bewegung. Die NaturFreunde haben, seit den späten 1950er Jahren, also seit es in Deutschland Anti-Atom-Proteste gibt, an diesen partizipiert und waren unter anderem Mitinitiatoren der deutschen Ostermarschbewegung. Sie haben, anders als die meisten anderen Umweltverbände, eine über 100-jährige Tradition, die immer auch von politischer Arbeit geprägt war. Es werden hier also anstelle der politischen Schwerpunkte der Anti-Atom-Bewegung jene der NaturFreunde behandeln. Da die NaturFreunde als Teil der Anti-Atom-Bewegung betrachtet werden, stellen die auf sie bezogenen Ergebnisse eine exemplarische Abbildung für die gesamte Bewegung dar⁴.

Der Einfluss der Energiewende auf die Anti-Atom-Bewegung und auf Umweltverbände ist wissenschaftlich bisher sehr wenig thematisiert worden. Bei der Recherche für diese Arbeit waren keine Veröffentlichungen zu finden, die sich explizit damit auseinandersetzen wie das politische Projekt der Energiewende die Strukturen der Anti-Atom-Bewegung beeinflussen. Hier besteht also eine Lücke in der Bewegungsforschung. So kommt es auch, dass die Menge an wissenschaftlicher Literatur zu diesem Komplex sehr begrenzt ist.

Aufgrund des zuvor erläuterten Erkenntnisinteresses wird sich die Arbeit mit der folgenden Forschungsfrage beschäftigen: „Inwiefern hat sich der energie-und atompolitische Fokus der NaturFreunde Deutschlands als Teil der Anti-Atom-Bewegung im Bereich der Energie-und Atompolitik durch die beschlossenen „Energiewende“ verändert?“ Es werden also Aspekte der politischen Positionierung der NaturFreunde aufgezeigt, die sich durch die Energiewende und den damit verbundenen Atomausstieg gewandelt haben. Dabei ist zu beachten, dass aufgrund des Umfangs dieser Arbeit kein Anspruch auf Vollständigkeit aller Veränderungen, die in Zusammenhang mit der Thematik stehen, erhoben werden kann. Es besteht außerdem nicht die Möglichkeit herauszustellen, inwiefern die erarbeiteten Punkte auch für andere Gruppierungen der Anti-Atom-Bewegung gelten könnten.

Zunächst werde ich das methodische Vorgehen in dieser Arbeit erläutern. Es soll dargelegt werden, welche besonderen Quellen Verwendung finden und reflektiert werden wie diese zu betrachten sind. Außerdem wird umrissen, was unter dem Konzept des Framings zu verstehen ist. Im

⁴ Hiks 2017, 1 f.

Anschluss wird die Entstehungsgeschichte, die politische Ausrichtung und die Struktur der NaturFreunde vorgestellt. Im darauffolgenden Kapitel wird die Anti-Atom-Bewegung begrifflich definiert und in ihrem historischen Verlauf abgebildet. Anschließend wird ausgeführt, inwiefern der Vorannahme, dass die NaturFreunde ein Teil dieser Bewegung seien, zugestimmt werden kann. Anschließend wird erläutert, was im Kontext dieser Arbeit unter dem Begriff der Energiewende zu verstehen ist und was die Ziele dieses politischen Projektes sind. Um potenzielle Verschiebungen des Fokus der NaturFreunde vor und seit Beginn der Energiewende aufzeigen zu können, werden zunächst die wichtigen energie- und atompolitischen Forderungen der NaturFreunde vor 2011 herausgearbeitet. Im darauffolgenden Kapitel werden dann die gegenwärtig bzw. seit Beginn der Energiewende wichtigsten Schwerpunkte und Positionen aufgezeigt. In Kapitel 8 wird anschließend herausgestellt, in welchen Punkten eindeutige Veränderungen stattgefunden haben und erläutert, inwieweit diese potenziell mit der Energiewende in Verbindung stehen könnten. Dabei ist zu beachten, dass es viele Faktoren geben kann, die einen Einfluss auf die politische Agenda haben und die Energiewende möglicherweise nicht der einzige Auslöser ist. In Kapitel 9 werden die Ergebnisse der Forschung zusammengefasst und sich kritisch mit ihnen auseinandergesetzt.

2. Methodisches Vorgehen

Um die Forschungsfrage dieser Arbeit zu beantworten, werden die atom- und energiepolitischen Positionen und Schwerpunkte der NaturFreunde vor der Energiewende und anschließend jene seit Beginn dieser dargestellt. So soll ausgemacht werden, inwiefern ein Wandel der entsprechenden politischen Arbeit der NaturFreunde stattgefunden hat. Zu diesem Zweck wird erst dargestellt, welche Themen für die NaturFreunde in der Vergangenheit relevant waren und wie diese thematisiert wurden. Dabei beschränkt sich die Arbeit nicht auf die Atompolitik, weil diese losgelöst von der gesamten Energiepolitik schwer zu thematisieren ist. In einem späteren Kapitel wird dargestellt wie sich die Schwerpunktsetzung heute ausgestaltet und ob ein Wandel dieser stattgefunden hat. Dabei wird auch betrachtet, inwiefern eine mögliche Veränderung mit der Energiewende in Verbindung steht. Für die beiden beschriebenen Kapitel ist es notwendig die verwendeten Grundlagen zu klären. Aus diesem Grund wird nun zuerst erläutert, auf welche Quellen zurückgegriffen wird um die Gegenüberstellung vorzunehmen. Anschließend wird erläutert, was unter Framing zu verstehen ist. Dies bietet eine theoretische Grundlage für die Betrachtung der Schwerpunktsetzung der NaturFreunde.

2.1 Quellenarbeiten

Die Zahl der aktuellen wissenschaftlichen Arbeiten über die NaturFreunde ist sehr gering. Die meisten Publikationen, die sich mit den NaturFreunden beschäftigen sind vor den 90er Jahren geschrieben worden. Seitdem spielen die NaturFreunde im wissenschaftlichen Diskurs nahezu keine Rolle mehr. Es gibt einige Bücher, die sich mit der besonderen Geschichte der NaturFreunde auseinandersetzen, aber aktuelle Arbeiten, insbesondere im Bereich der Bewegungsforschung fehlen⁵. Aus diesem Grund ist ein wichtiger Aspekt dieser Arbeit valide Quellen auszumachen, auf Grundlage derer die Forschungsfrage bearbeitet werden kann. Zu diesem Zweck wurde ein Experteninterview⁶ geführt, das Wissen generieren soll, welches nicht in schriftlicher Form zur Verfügung steht. Zudem wird zu einem großen Teil mit Internetressourcen der NaturFreunde gearbeitet. In dem folgenden Abschnitt wird zunächst die Methode des Experteninterviews erklärt. Anschließend wird dargelegt, was bei der Bezugnahme auf die Internetquellen der NaturFreunde zu beachten ist.

2.1.1 Das Experteninterview

Im Rahmen dieser Arbeit wurde ein Experteninterview durchgeführt, um Zugang zu spezifischen Wissen zu erhalten, welches in der Literatur nicht zu finden ist. Die Methode des Experteninterviews wurde gewählt, da sie in erster Linie auf das generieren von Wissen abzielt.

Als Expert*innen werden in diesem Kontext Personen bezeichnet die – meist durch ihr Berufsrolle oder ein ehrenamtliches Engagement – über ein „spezifisches Rollenwissen verfügen“. Diese Personen können drei unterschiedliche Formen von Wissen wiedergeben. Das Betriebswissen ist jenes, welches „Abläufe, Regeln und Mechanismen“ abbildet. Das Deutungswissen meint Wissen, das der Deutungsmacht der/des Expert*in unterliegt und von diesem/dieser subjektiv ausgelegt wird. Beim Kontextwissen geht es um Informationen zu weiteren Bereichen, die für die Untersuchung von Relevanz sind. Bei der Anwendung des Wissens, welches mit dem Interview generiert wurde, ist also zu beachten, ob es sich bei dem gesagten um die subjektive Auslegung der/des Expert*in handelt oder um Betriebs- oder Kontextwissen⁷.

Das Interview wird mit Hilfe eines Leitfadens durchgeführt, aus dem erzählgenerierende Fragen formuliert werden, die auf das spezielle Rollenwissen des Experten abzielen. Anschließend wer-

⁵ Ebd., 21

⁶ Es wird hier ausschließlich das generische Maskulinum des Begriffs „Experten“ verwendet, weil der Begriff des „Experteninterviews“ ein in der Literatur feststehender ist.

⁷ Przyborski/Wohlrab-Sahr 2008, 131 f.

den Fragen gestellt, die eine Detaillierung der einzelnen Aspekte des geschilderten hervorrufen sollen und solchen Fragen, die auf Themen des Leitfadens abzielen, welche vom Experten noch nicht angesprochen wurden. Im Anschluss an die Durchführung des Interviews wird dieses nach dem „einfachen Transkriptionssystem“ nach Pehl und Dresing transkribiert⁸.

Durchgeführt wurde das Interview mit Uwe Hiksich, der seit 18 Jahren Mitglied des Bundesvorstands der NaturFreunde Deutschlands ist. Dort ist er unter anderem für die Anti-Atom-Arbeit und die Bündnisarbeit zuständig. Er ist seit fast 35 Jahren Mitglied der NaturFreunde und - seiner eigenen Aussage nach - ebenso lang in der Anti-Atom-Bewegung aktiv. Acht Jahre war er Bundestagsabgeordneter. Erst für die SPD und dann für die PDS. Nun arbeitet er seit ca. 14 Jahren als Wissenschaftlicher Mitarbeiter für wechselnde Abgeordnete der Bundestagsfraktion von Die Linke und leitet aktuell das Büro von Annette Groth⁹. Aufgrund seines ehrenamtlichen und auch seines beruflichen Lebenslaufs verfügt Hiksich über eine einzigartige Expertise, die für diese Arbeit von zentraler Bedeutung ist. Seit vielen Jahren ist er an der Bildung politischer Positionen der NaturFreunde, insbesondere in Bezug auf Anti-Atom-Themen, beteiligt und hat somit einen großen Wissensschatz über die Schwerpunktsetzung und die Forderungen der NaturFreunde. Dazu gehört auch, dass er schildern kann, inwieweit die NaturFreunde überhaupt Teil der Anti-Atom-Bewegung sind und wie sie an dieser partizipieren. Somit trägt er einen großen Teil zu der Bearbeitung der Forschungsfrage bei.

2.1.2 Internetressourcen der NaturFreunde

Die NaturFreunde stellen über ihre Internetseiten viele Informationen bereit, die für diese Arbeit von Bedeutung sind. Dort sind Positionspapiere, Protokolle und Artikel der Verbandszeitschrift zu finden. Besonders Uwe Hiksich und Michael Müller, der Vorsitzender der NaturFreunde ist, veröffentlichen viele Texte mit Bezugnahme auf politische Positionen der NaturFreunde und damit in Verbindung stehende tagesaktuelle Politik. Da Hiksich davon ausgeht, dass die Positionen der NaturFreunde Internationale und der Naturfreundejugend Deutschlands sich vernachlässigbar von denen der NaturFreunde Deutschlands unterscheiden werden ebenso auch deren Publikationen verwendet (in Kapitel 3 Werden die Strukturellen Unterschiede zwischen diesen Organisationen erläutert). Hiksich betont allerdings, dass sich die energiepolitischen Positionen der NaturFreunde Internationale eine lange Zeit von denen der NaturFreunde Deutschlands unterscheiden haben. Um diese Diskrepanz zu vermeiden werden nur Publikationen der NaturFreunde Internati-

⁸ Pehl/Dresing 2013, 20-25

⁹ Hiksich 2017,1

onale verwendet, die ab 2008 verfasst worden sind¹⁰. Besonders Kapitel 6 baut auf Veröffentlichungen der NaturFreunde Internationale auf. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Recherchen zu dieser Arbeit mehr Inhalte der NaturFreunde Internationale als der NaturFreunde Deutschlands ergeben haben. Bis zu einem gewissen Grad ist also eine Differenz zwischen den Inhalten der NaturFreunde Deutschlands und dem was in dieser Arbeit beschrieben wird zu erwarten. Da es jedoch nicht darum geht die Feinheiten zwischen den Positionen der NaturFreunde Internationale und der NaturFreunde Deutschlands aufzuzeigen, sondern jene der NaturFreunde Deutschlands darzustellen, die sich durch die internationale Zusammenarbeit auch in denen der NaturFreunde Internationale widerspiegeln, besitzt diese Problematik wenig Relevanz.

Bei der Verwendung der Quellen der NaturFreunde ist zu beachten, dass die Inhalte dessen oft nicht als feststehende Tatsachen, sondern als subjektive Perspektive der NaturFreunde oder der Verfasser*innen behandelt werden müssen. Was damit gemeint ist wird im Kapitel 2.2 ausgeführt. Die Verwendung dieser Informationen zielt in dieser Arbeit jedoch nicht darauf die Inhalte zu bewerten und anderen gegenüberzustellen. Es soll aus den Quellen ausschließlich hervorgehen, wie die NaturFreunde bestimmte Themen betrachten und welche Schwerpunkt sie setzen. Zu diesem Zweck sind die Internetressourcen sinnvoll zu verwenden, da sie eindeutige Rückschlüsse auf die Agenda der NaturFreunde ziehen lassen.

2.2 Framing

Das politikwissenschaftliche Konzept des Framings nach Benford und Snow ist ein wichtiges Analyseinstrument der Bewegungsforschung. Mit Hilfe dieser Theorie lassen sich die problemkonstruierenden Deutungsmuster sozialer Bewegungen aufzeigen¹¹. Unter dem Begriff des Frames versteht man die Betrachtung eines politischen Sachverhalts aus einem bestimmten – beschränkten - Blickwinkel. Je nachdem, welche Informationen hervorgehoben werden, können so gesellschaftliche Sachverhalte unterschiedlich interpretiert werden¹². Die Realität wird so kontinuierlich - teilweise strategisch – konstruiert¹³.

Für soziale Bewegungen sind Framingprozesse die Grundlage ihrer kollektiven Identität. Die Individuen sind geeint in dem Rahmen, wie sie einen Sachverhalt interpretieren. Die Frames bestimmen ein Problem, machen dessen Ursachen und Verursacher aus und zeigen oft eine Lösung

¹⁰ Ebd., 6

¹¹ Dietz/Garrelts 2013, 41 f.

¹² Marcinkowski 2014, 18

¹³ Dietz/Garrelts 2013, 42

auf¹⁴. Öffentliche Diskurse sind immer von mehreren konkurrierenden Frames bestimmt. Ein gemeinsames Framing kann somit ein Distinktionsmerkmal sein, das eine Gruppe von anderen abhebt. Des Weiteren dient Framing auch als eine Art Vermarktungsstrategie von sozialen Bewegungen, die angestrebten Aktivitäten legitimieren sollen¹⁵.

Benford und Snow sprechen davon, dass es drei elementare Framingstrategien gibt. „Diagnostic framing“ identifiziert ein Problem, „prognostic framing“ erläutert, wie ein Problem gelöst werden kann und „motivational framing“ motiviert Menschen zum Handeln um das beschriebene Problem zu lösen. Der Prozess des Framings von sozialen Bewegungen kann ein bewusst strategischer sein, um den öffentlichen Diskurs im eigenen Interesse zu verschieben¹⁶. Frames sind jedoch sehr dynamisch und können sich veränderten Bedingungen anpassen. Die politischen Inhalte von Bewegungen passen sich also auch dem politischen Diskurs an¹⁷. Ein solcher Wandel ist das zentrale Problem, das in dieser Arbeit behandelt wird. Die Energiewende stellt einen solchen Umbruch der Voraussetzungen dar, die möglicherweise zu einer Veränderung des Framings der Anti-Atom-Bewegung führt. Im Kapitel 8 wird deshalb erläutert, inwiefern der energiepolitische Wandel Deutschlands das Framing der NaturFreunde in Bezug auf Atompolitik und anderen energiepolitischen Themen verändert hat. Das Verständnis des Framingkonzepts ist die Grundlage dessen, jedoch wird es nicht explizit für eine Analyse angewendet.

¹⁴ Neidhardt 1994, 343

¹⁵ Marcinkowski 2014, 18 f.

¹⁶ Dietz/Garrelts 2013, 43

¹⁷ Marcinkowski 2014, 19

3. Die NaturFreunde Deutschlands

Die NaturFreunde sind ein aus der Arbeiterbewegung¹⁸ hervorgegangener, international orientierter Umwelt-, Kultur-, Sport- und Tourismusverband¹⁹. In seiner über hundertjährigen Bestehensgeschichte machte dieser viele Veränderungen durch aber blieb in seinen Grundüberzeugungen und Betätigungsfeldern größtenteils beständig²⁰. Trotz seiner geringen Bekanntheit spielt der Verband heute in sozialen Bewegungen, vor allem im umweltpolitischen Bereich wie beispielsweise der Anti-Atom-Bewegung, immer wieder eine „relativ starke Rolle“²¹. Zudem sind traditionell auch viele Bundestagsabgeordnete Mitglieder der NaturFreunde. Im 17. Bundestag saßen beispielsweise 36 NaturFreunde. Als einer der prominentesten NaturFreunde der Geschichte gilt der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt.²²

In diesem Kapitel wird die NaturFreunde -Bewegung vorgestellt. Dabei wird neben der Entstehungsgeschichte und der Entwicklung bis heute auch die Struktur des Verbandes umrissen. Der Fokus liegt dabei auf den NaturFreunden Deutschlands.

3.1 Entstehung und Geschichte der NaturFreunde

Am 22. März 1895 veröffentlichte der sozialistische Lehrer Georg Schmiedel in der Wiener Arbeiterzeitung den folgenden Aufruf: „Naturfreunde werden zur Gründung einer touristischen Gruppe eingeladen.“ Daraufhin meldeten sich bei ihm 30 Leute. An dem ersten Wanderausflug dieser Gruppe nahmen bereits 62 Personen teil²³. Das war die Geburtsstunde der proletarischen Wander- und Tourismusorganisation „Die NaturFreunde“²⁴. Die Gründer hatten das Ziel, das Wandern und den Zugang zur Natur, was bisher ein Privileg der bürgerlichen Schicht war, auch für die Arbeiter*innen zu erschließen²⁵. So wollten sie den städtischen Arbeiter*innen eine alternative Freizeitgestaltung aufzeigen, die sie vom Alkoholkonsum, Kartenspiel und den Groschenromanen fernhalten sollte²⁶. Das für die deutsche und österreichische Arbeiterbewegung charakteristische Ziel der geistigen Befreiung und der Veredelung des Proletariats²⁷ fand sich bereits in

¹⁸ Es wird hier ausschließlich das generische Maskulinum des Begriffs „Arbeiter“ verwendet, weil der Begriff der „Arbeiterbewegung“ ein in der Literatur feststehender ist. Der Autor meint dabei jedoch implizit „Arbeiter*innen“.

¹⁹ NaturFreunde Deutschlands o.J.c

²⁰ Höfer 2007b, 10

²¹ Hikschi 2017, 21

²² Marian 2009

²³ Zimmer 1984, 67-69

²⁴ Höfer 2007a, 103

²⁵ Zimmer 1984, 68

²⁶ Brinkschmidt 1998, 3

²⁷ Günther 2003, 2

der ersten Vereinssatzung des „Touristenverein Die Naturfreunde“ wieder, wo der Vereinszweck die folgenden Punkte enthielt: Die „Naturschönheit kennen zu lernen, die Liebe zur Natur zu wecken und Kenntnisse von Volksleben und Volkssitten zu vermitteln“²⁸. Sie wollten die Ausbeutung des Menschen und der Natur zugleich bekämpfen um sie miteinander zu versöhnen²⁹.

Es entstand ein Gegenentwurf zu den alpinen Vereinen des Bürgertums, wie beispielsweise dem Deutschen und Österreichischen Alpenverein, die dem proletarischen Wandern feindlich gegenüberstanden und wie viele anderen bürgerliche Sportvereine Arbeiter*innen konsequent ausschlossen³⁰. Neben den NaturFreunden entstanden zum Ende des 19. Jahrhundert viele weitere Arbeitersportvereine, die in der Regel, weil sie sich den bestehenden Strukturen entgegenstellten, stark politisch und vor allem sozialistisch geprägt waren³¹. Auch die NaturFreunde verstanden sich, wie die gesamte Arbeiterkulturbewegung, der sie zugerechnet werden, von Anfang an als politisch³². Bereits ihr Gruß „Berg frei!“ war eine, dem bürgerlichen „Berg heil!“ gegenüberstehende, klassenkämpferische Aussage³³. Um sich noch weiter von bürgerlichen Vereinen abzugrenzen entstand die Idee der Naturfreundehäuser, die es den Arbeiter*innen und deren Familien ermöglichen sollten für einen geringen Preis Ausflüge zu unternehmen. Dabei sollten sie die Chance bekommen die Natur zu erkunden und sich Wissen anzueignen, welches ihnen zuvor nicht zugänglich war. So bildeten Bibliotheken als Sammlung naturkundlicher und wissenschaftlicher Bücher ein wichtiges Merkmal der Naturfreundehäuser³⁴.

3.1.1 Die NaturFreunde bis zur NS-Zeit

Die NaturFreunde-Idee verbreitete sich sehr schnell. Nachdem sich in Österreich bereits 1897 drei weitere Ortsgruppen gründeten entstand 1905 die erste außerösterreichische Gruppe in der Schweiz und im gleichen Jahr die erste deutsche in München. Innerhalb der nächsten 10 Jahre folgten unter anderem Gruppen in den USA, Frankreich, Norwegen, Rumänien, Bulgarien und Holland. Die Organisationen der einzelnen Staaten schlossen sich unter dem Dach der NaturFreunde Internationale zusammen. Dabei erweiterten sich die Tätigkeitsfelder der NaturFreunde stetig. Neben den anfänglich in der Satzung festgehaltenen touristischen Ausflügen, Vorträgen, Sammlungen fachwissenschaftlicher Literatur, Wanderversammlungen, dem Anstreben von Ver-

²⁸ Höfer 2007b, 17

²⁹ Grober 2005

³⁰ Zimmer 1984, 14

³¹ Brinkschmidt 1998, 18

³² Zimmer 1984, 68

³³ Grober 2005

³⁴ Zimmer 1984, 141 f.

besserungen im Verkehrs- und Unternehmensewesens sowie das Ausführen von Bauten und die Markierung von Wegen kamen im Laufe der Zeit noch mehr Aufgaben hinzu. Naturwissenschaftliche Exkursionen, die Beschaffung von Sonderzügen und der Wintersport sind nur einige Beispiele³⁵. Die NaturFreunde betonen im Sport jedoch ausschließlich, im Gegensatz zum bürgerlichen Wettkampfsport, seine Körper und Geist bildende Funktion³⁶. Skifahren, Bergsteigen und Wandern etablierten sich relativ schnell als Haupttätigkeitsfelder der NaturFreunde³⁷. Als für diese Arbeit wichtigsten Vereinszweck ist die „Pflege von Heimatschutz und Naturschutz“, die im Laufe der Zeit umformuliert und konkretisiert wurde, aber stets der Kern der politischen Arbeit blieb, zu nennen³⁸. Eng damit verbunden sind die Bereiche der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Natur und die Naturkunde, in die sich viele NaturFreunde eingebracht haben. Dabei folgten die NaturFreunde schon immer dem Ansatz, dass Naturprozesse nicht isoliert von der politischen und ökonomischen Realität betrachtet werden können. Anthropogene Schädigungen der Natur wurden schon sehr früh in dem „Naturfreund“, der Verbandszeitung, angeprangert³⁹.

Als besonders aktiver Teil der NaturFreunde ist die 1926 gegründete Naturfreundejugend zu nennen, die eine selbstständige altersgemäße Gliederung der NaturFreunde darstellt⁴⁰. Sie erfuhr bis 1929 ein rasantes Wachstum und hatte einen damals einmalig hohen Mädchenanteil mit einem Drittel der Mitglieder⁴¹. Ihre thematischen Schwerpunkte gestalteten sie in der Jugendpflege mit politischer Agitation, Durchführung von Jugendwanderungen und wissenschaftlichen Vorträgen in ähnlicher Weise wie die der NaturFreunde⁴².

Die Zwischenkriegszeit war die Hochzeit der NaturFreunde. 1923 hatten die NaturFreunde Deutschlands circa 100.000 Mitglieder und besaßen 220 Naturfreunde Häuser. 1928 war die Mitgliederzahl jedoch schon wieder auf 70.000 gesunken. Zugleich wurde in dieser Zeit die Relevanz der politischen Arbeit des Verbands immer größer. Die NaturFreunde Deutschlands beteiligten sich am Widerstand gegen die NSDAP und unterstützten deshalb unter anderem den Wahlkampf der SPD⁴³. Als die NaturFreunde daraufhin 1933 wie viele Verbände der Arbeiterkulturbewegung, in Deutschland und Österreich verboten wurden, verloren sie ihre 428 Häuser, von

³⁵ Ebd., 69-74

³⁶ Brinkschmidt 1998, 25

³⁷ Zimmer/Hallmann 2016, 122

³⁸ Zimmer 1984, 74

³⁹ Brinkschmidt 1998, 27

⁴⁰ Ebd., 29

⁴¹ Zimmer 1984, 23

⁴² Brinkschmidt 1998, 29

⁴³ Zimmer 1984, 71-90

denen sich 300 in Deutschland befanden⁴⁴. Viele Mitglieder und ganze Ortsgruppen beteiligten sich jedoch weiterhin am Widerstand und schleusten beispielsweise gefährdete Personen über die Grenzen⁴⁵.

3.1.2 Die NaturFreunde nach 1945

Nach dem zweiten Weltkrieg gab es in vielen Regionen relativ schnell Initiativen zum Wiederaufbau der NaturFreunde. Der Landesverband in Württemberg wurde beispielsweise bereits 1946 wiedergegründet. Ihm wurde gestattet mit den weiteren entstehenden Landesverbänden im Interzonenmaßstab zusammenzuarbeiten, sodass 1947 die erste Interzonenkonferenz stattfinden konnte. Auf der Konferenz sollte festgelegt werden, auf welcher Grundlage die zukünftige Arbeit der NaturFreunde fußen sollte. Es wurde beschlossen, sobald es wieder einen einheitlichen deutschen Staat geben würde, sich auf Bundesebene zusammenzuschließen und die NaturFreunde Internationale aufzufordern so bald wie möglich ihnen wieder beitreten zu dürfen. Des Weiteren war ein wichtiges Ergebnis, dass die parteipolitische und religiöse Neutralität in die Grundsätze der NaturFreunde mit aufgenommen wurde. Im Jahr 1951 fand dann die erste ordentliche Bundesversammlung statt, die den NaturFreunde Deutschlands ihre Form gab. Die in der sowjetischen Besatzungszone neu gegründeten NaturFreunde-Gruppen wurden relativ schnell in den antifaschistischen Touristen Verband überführt und somit aufgelöst. Innerhalb der ersten Jahre ihres Wiederbestehens bauten die NaturFreunde Deutschlands einige Kooperationen auf wie beispielsweise die Gründung des Bundesjugendrings, die Zusammenarbeit mit dem DGB und dem Beitritt in die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Heimat-, Wander-und Naturschutzbünde⁴⁶.

Die Rückübergabe der Naturfreundehäuser war für sie in den ersten Jahren seit der Neugründung ein sehr wichtiges Thema, das relativ schnell Erfolge zeigte. Im Jahr 1962 besaßen die NaturFreunde Deutschlands schon wieder ca. 400 Häuser. Auch die Mitgliederzahl ist stark gestiegen. Im selben Jahr hatten sie 100.000 Mitglieder in 650 Ortsgruppen⁴⁷. Die Zahl der Mitglieder nahm jedoch in den folgenden Jahrzehnten wieder kontinuierlich ab. Sie gingen allerdings nicht dazu über, nur noch attraktive Freizeitmöglichkeiten anzubieten um Mitglieder anzuwerben, sondern besannen sich auch auf ihre sozial-und umweltpolitischen Ziele⁴⁸. Ende der 50er Jahre

⁴⁴ NaturFreunde Deutschlands o.J.b

⁴⁵ Zimmer 1984, 17 f.

⁴⁶ Ebd., 119-132

⁴⁷ NaturFreunde Deutschlands o.J.b

⁴⁸ Höfer 2007b, 18

wurde ein Referat für Naturschutz in der Bundesgruppe gebildet⁴⁹. Wenig später wurden umweltpolitische Positionen formuliert, die auch die Wechselwirkung mit dem Tourismus nicht außer Acht ließen⁵⁰. Schon vorher beteiligten sie sich an vielen Umweltschutzprotesten und nahmen dann in den 60er Jahren eine tragende Rolle bei der Initiierung der deutschen Ostermärsche ein. Genauer gesagt war es die Naturfreundejugend, die die Ostermarschbewegung mit gründete⁵¹. Die NaturFreunde fungierten oft als ein Scharnier zwischen der traditionellen Arbeiterbewegung und den neuen Protestbewegungen, was manchmal auch heute noch eine Rolle spielt⁵².

Die NaturFreunde sprechen sich nicht grundsätzlich gegen technischen Fortschritt aus, sie doch sehen ihn im sozialen und ökologischen Zusammenhang und warnen vor unreflektierter Fortschrittsgläubigkeit⁵³. Das lässt sich unter anderem gut an der 1977 und 1979 verabschiedeten Entschließung zur Energiepolitik erkennen⁵⁴. Dem Thema Natur- und Umweltschutz wurde zum Ende der 80er Jahre die höchste Priorität eingeräumt⁵⁵. Es spielt allerdings in der Verbandspraxis nicht die zentrale Rolle. Durch die dezentrale Struktur der NF haben die Ortsgruppen sehr unterschiedliche Interessen und thematische Fokusse. So gibt es viele Ortsgruppen, die beispielsweise ausschließlich Sport organisieren oder sich nur um ihr NF-Haus kümmern und kein Interesse an politischer Arbeit haben⁵⁶. Hiksich schätzt, dass dies heute circa ein Drittel aller Ortsgruppen sind⁵⁷.

3.1.3 Die NaturFreunde heute

Heute im Jahr 2017 haben die NaturFreunde Deutschlands noch mehr als 70.000 Mitglieder in über 600 Ortsgruppen⁵⁸. Es lässt sich also eine signifikante Abnahme der Mitgliederzahl seit den 60er Jahren feststellen. Die NaturFreunde Internationale sind in ihrer Summe jedoch relativ mitgliederstark und haben heute circa 500.000 Mitglieder in 46 Ländern und gehören zu den weltgrößten Umweltorganisationen. Des Weiteren ist der deutsche Verband dem demografischen Wandel weit voraus⁵⁹ und steht vor der Herausforderung, dass das Durchschnittsalter der Natur-

⁴⁹ Zimmer 1984, 188

⁵⁰ Höfer 2007b, 18

⁵¹ Grober 2005

⁵² Zimmer 1984, 19 f.

⁵³ Höfer 2007b, 18-19

⁵⁴ Zimmer 1984, 195-196

⁵⁵ Höfer 2007a, 104

⁵⁶ Zimmer/Hallmann 2016, 135

⁵⁷ Hiksich 2017, 23

⁵⁸ NaturFreunde Deutschlands o.J.c

⁵⁹ Zimmer/Hallmann 2016, 122-136

Freunde sehr hoch ist und 2007 bei 56 Jahren lag⁶⁰. Einer von mehreren möglichen Gründen dafür ist, dass sich der größte Teil der NaturFreunde aktiv von der 68er Bewegung abgegrenzt hat. So wurden viele Leute dieser Generation, die durchaus vorher bei der Naturfreundejugend organisiert waren, dazu gebracht, wenn sie zu alt für die Jugend wurden, die NaturFreunde zu verlassen. Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass man früher Mitglied bei den NaturFreunden wurde, weil man Teil der Arbeiterbewegung war, die es heute so aber nicht mehr gibt⁶¹. Somit kann der Verband nicht mehr nur mit seinem ursprünglichen Milieu arbeiten⁶².

Die Arbeit in den Ortsgruppen liegt heute noch weiter auseinander als früher. Zwar sind die Landesverbände und der Bundesverband sehr politisch und versuchen auf unterschiedlichen Wegen politischen Einfluss zu nehmen, doch ist es nicht selbstverständlich, dass auch die Ortsgruppen solche Motivationen haben⁶³. Zwischen den Polen der politischen Arbeit, Bildungsarbeit, Freizeitarbeit und Kulturarbeit bewegen sich die NaturFreunde – mit ständig neuer Gewichtung und Gestalt - schon seit ihrer Entstehung⁶⁴. Auf der einen Seite stellt die Heterogenität zwar eine Herausforderung für den Verband dar, aber andererseits kommen alle Ortsgruppen einzelnen der satzungsgemäßen Vereinszwecke, die ausdrücklich nicht nur politische Partizipation umfassen, nach⁶⁵. Die heutigen Vereinszwecke umfassen die Förderung der Jugend-und Altenhilfe, Förderung des Naturschutzes, Förderung des Sports, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, Natur und Heimatkunde, Verbraucherschutz und die Förderung der internationalen Gesinnung und Toleranz⁶⁶.

Die NaturFreunde begreifen sich heute als Verband für Nachhaltigkeit. Dabei verweisen sie besonders oft auf die Ergebnisse des Erdgipfels in Rio, denen sie sich heute verpflichtet sehen. Nachhaltigkeit ist für sie die dauerhafte Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit⁶⁷. Auf ihrer Homepage formulieren sie ihre Vorstellung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit wie folgt:

„Die NaturFreunde sind ein Verband für Nachhaltigkeit und wollen den folgenden Generationen eine lebenswerte und gestaltbare Welt hinterlassen. Dabei bringen NaturFreunde Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und Kultur miteinander in Einklang.

⁶⁰ Höfer 2007b, 35

⁶¹ Hikschi 2017, 19 f.

⁶² Höfer 2007b, 16

⁶³ Hikschi 2017, 22 f.

⁶⁴ Höfer 2007a, 103

⁶⁵ NaturFreunde Deutschlands o.J.c

⁶⁶ NaturFreunde Deutschlands 2014b, 3

⁶⁷ NaturFreunde Deutschlands o.J.d

Für die NaturFreunde gehören die soziale Emanzipation und der Schutz der Natur untrennbar zusammen. Eine gute Zukunft für alle wird es nur geben, wenn das heutige Regime der Kurzfristigkeit beendet wird und das Allgemeinwohl Vorrang vor Individualinteressen bekommt⁶⁸.“

3.2 Struktur der NaturFreunde

Die NaturFreunde Deutschlands sehen sich heute als ein föderalistisch aufgebautes Netzwerk⁶⁹. Die Ortsgruppen sind dabei in der Regel eigenständige Vereine, die Mitglied im jeweiligen Landesverband sind. Diese sind im Bundesverband organisiert⁷⁰. So setzt sich der Verband aus drei Ebenen zusammen. Die Struktur ist sehr dezentral angelegt. Der frühere zentralistische Aufbau brachte viele Schwierigkeiten mit sich und führte zu der Überzeugung, dass die untersten Ebenen das größte Mitbestimmungsrecht haben sollten. Demokratische Prozesse, bei denen die Ortsgruppen das größte Gewicht haben, spielen dabei eine entscheidende Rolle. Der Bundesverband oder die Landesverbände haben kaum Möglichkeiten Regelungen „Top-down“ durchzusetzen, sondern können nur versuchen die Ortsgruppen von Positionen und Entwicklungen zu überzeugen. Somit sind Überzeugungsarbeit und Diskurs entscheidend⁷¹.

Die Zusammenarbeit der einzelnen Verbandsebenen erfolgt zum großen Teil in Fachbereichen, die in Fachgruppen unterteilt sind. Dort arbeiten gewählte Vertreter*innen zu bestimmten Themenbereichen zusammen. Es handelt sich also um demokratisch legitimierte Gremien, die im Namen der NaturFreunde arbeiten dürfen⁷². Es gibt die folgenden Fachbereiche: 1. Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus (NUS), 2. Naturfreundehäuserwerk und Häuserarbeit, 3. Kultur und Bildung und 4. Natursport und Wandern. Diese sind unter anderem in die folgenden Fachgruppen unterteilt: Natur- und Umweltschutz, Natur- und Heimatkunde, Kultur und Bildung, Kanusport, Wandern oder Naturfreundehäuser⁷³. Die Fachgruppen entwickeln beispielsweise Positionen, koordinieren den Fachbereich oder organisieren politischen Protest. Für die vorliegende Arbeit ist insbesondere der Fachbereich NUS, welcher unter anderem die energiepolitische Arbeit der NaturFreunde Deutschlands einschließt, von besonderer Relevanz⁷⁴.

⁶⁸ NaturFreunde Deutschlands o.J.c

⁶⁹ Höfer 2007b, 29

⁷⁰ Zimmer/Hallmann 2016, 134

⁷¹ Hikschi 2017, 23-27

⁷² Zimmer 1984, 19

⁷³ NaturFreunde Deutschlands o.J.a

⁷⁴ Hikschi 2017, 24

4. Anti-Atom-Bewegung

Die Anti-Atom-Bewegung gilt als eine der erfolgreichsten neuen sozialen Bewegungen Deutschlands und ist die wohl am intensivsten beforschte⁷⁵. Ohne sie und die Kontinuität des Engagements ihrer Mitglieder hätte es den Atomausstieg Deutschlands wohl noch lange nicht gegeben und es wären sicher noch mehr AKWs in Deutschland errichtet worden⁷⁶. Seit Anfang der 1970er Jahre arbeitet diese Bewegung und ist mit vielen Hochs und Tiefs bis heute aktiv⁷⁷. Im Diskurs über die Bewegung werden unterschiedliche Namen verwendet, die oft vermischt und ohne ausreichende Trennschärfe reproduziert werden. Dies liegt unter anderem daran, dass sie eine inhaltliche und strukturelle Nähe zu mehreren anderen Bewegungen aufweist. Aus diesem Grund bedarf es einer genauen Begriffsdefinition für die hier thematisierte Anti-Atom-Bewegung. Diese wird hier wie folgt verstanden:

Die Anti-Atom-Bewegung „[...] umfasst die Individuen, Gruppen und Organisationen, die sich im Rahmen eines größeren netzwerkartigen Zusammenhangs, dem sie sich selbst zurechnen, aktiv und insbesondere mit Mitteln des kollektiven öffentlichen Protests gegen die zivile Nutzung der Atomenergie wenden“⁷⁸.

Hier wird deutlich, dass der Fokus dieser Bewegung auf dem Engagement gegen die zivile Nutzung der Atomkraft liegt, sie jedoch nicht ausschließlich AKWs oder Atommüll thematisiert, sondern alles, was damit zusammenhängt. In der Literatur wird häufig von der Anti-AKW-oder Anti-Atomkraft-Bewegung gesprochen. Diese Begriffe reduzieren den Komplex jedoch zu sehr auf AKW-Thematiken und klammern andere Aspekte aus.

Die Bewegung, welche sich primär mit der militärischen Nutzung der Atomkraft auseinandersetzt, findet in dieser Arbeit keine Betrachtung. Diese ist, obwohl die zivile und militärische Verwendung stark miteinander zusammenhängen, eher der Friedensbewegung zuzuordnen und hat trotz mancher strukturellen Überschneidungen einen völlig anderen Bewegungskern. Ebenso wird die Anti-Atom-Bewegung oft in Beziehung zur Umweltbewegung gesehen. Auch wenn viele Umweltverbände an beiden beteiligt sind, so wird der Protest gegen die Atomkraft meist von spezifischen Organisationen oder Initiativen getragen und unterscheidet sich inhaltlich grundlegend⁷⁹.

In diesem Kapitel wird die Anti-Atom-Bewegung dargestellt. Es werden ihre Ziele erläutert und ihre Entwicklung seit der Entstehung in den 1970er Jahren skizziert. Des Weiteren wird die

⁷⁵ Brunnengräber/Hocke 2014, 64

⁷⁶ Uekötter 2016, 15

⁷⁷ Paul 2011, 197 f.

⁷⁸ Roth/Rucht 2008, 246

⁷⁹ Ebd., 246

Struktur dieser Bewegung umrissen und kurz dargelegt, wie sich das heutige Anti-Atom-Engagement in Deutschland ausgestaltet.

4.1 Ziele der Anti-Atom-Bewegung

Die Anti-Atom-Bewegung hat das vorrangige Ziel den globalen Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie zu erreichen⁸⁰. Dazu gehören unterschiedlichen Aspekte, welche die Agenda der Bewegung dominieren. Neben dem Protest gegen den Bau von AKWs bezieht sich das Engagement oft auch gegen die Endlagerung der atomaren Abfälle und deren Transport. Anfangs wandte sich das Engagement fast ausschließlich gegen die Errichtung von AKWs⁸¹. Meist stand jedoch nicht das konkrete Bauvorhaben im Zentrum, sondern es handelte sich um eine grundsätzliche Ablehnung der Atomenergie weltweit und mittelbar in Deutschland⁸². Als zur Inbetriebnahme des letzten AKW in Deutschland absehbar war, dass keine weiteren AKWs ans Netz gehen würde verlagerte sich das Engagement der Aktivist*innen, wie sich seit Beginn der 1980er schon abzeichnete, auf andere Themenfelder wie beispielsweise die Endlagerproblematik und die Wiederaufbereitung von Brennelementen⁸³. Der Protest bezog sich jedoch, trotz der räumlichen und inhaltlichen Bezugnahme auf die Endlagerung weiterhin auf den Gesamtkomplex der Atomenergie⁸⁴.

Als wichtigstes Argument der Bewegung ist das Gefahrenpotential, welches die Atomkraft birgt, zu nennen. Sowohl das Risiko von Unfällen und mutwilligen Angriffen auf AKWs und Lagerstätten als auch die im Normalbetrieb verursachten Emissionen gelten als sehr gefährlich für Mensch und Natur. Die Langzeitfolgen der Strahlenbelastung sind heute immer noch nicht ausreichend abzusehen. Als nachrangiges Argument, welches weniger Mobilisierungspotential birgt, sind die unverhältnismäßig hohen Gesamtkosten zu nennen. Diese übersteigen, laut mehrerer Studien, unter Einbeziehung der Forschungs- und Endlagerungskosten, die für Konventionelle Energiegewinnung um ein Vielfaches⁸⁵.

⁸⁰ Ebd., 256

⁸¹ Rucht 2001, 185

⁸² Roth/Rucht 2008, 246

⁸³ Mohr 2015, 138

⁸⁴ Brunnengräber/Hocke 2014, 63

⁸⁵ Roth/Rucht 2008, 258

4.2 Entstehung und Geschichte der Anti-Atom-Bewegung

Im Gegensatz zu vielen anderen großen sozialen Bewegungen hat die Anti-Atom-Bewegung keinen direkten historischen Vorgänger⁸⁶. Die atombezogenen Proteste in den 1950er und 60er Jahren beschäftigten sich fast ausschließlich mit dem Thema Atombomben. Die Kampagne „Kampf dem Atomtod“, welche 1958 bei einer Demonstration 120.000 Menschen mobilisieren konnte, erhielt eine breite Aufmerksamkeit. Doch ließ sie, ebenso wie die Ostermarschbewegung, die zivilen Aspekte der Atomenergie lange außer Acht⁸⁷. Neben einzelnen lokalen Aktionen gegen konkrete Projekte, wie beispielsweise Einwände der Stadt Nürnberg gegen den Bau eines Atomkraftwerks, spielte Kritik an der friedlichen Verwendung der Atomkraft, im öffentlichen Diskurs, fast keine Rolle. Dies änderte sich erst zu Beginn der 1970er Jahre⁸⁸.

Die ersten organisierten Bürgerproteste gegen AKWs in Breisbach, Bonn, Neckarwestheim und Esensham fanden in den Jahren 1970-72 statt⁸⁹. Als Geburtsstunde der Anti-Atom-Bewegung mit nationaler Aufmerksamkeit gilt jedoch das am Ende erfolgreiche Engagement gegen den Bau eines AKW im Badischen Wyhl ab 1973. Dort bildeten sich innerhalb kurzer Zeit breite Bündnisse, in denen alle gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiteten⁹⁰. Besonders hervorgehoben werden als tragende Aktivist*innen die Landwirt*innen und Winzer*innen der Region, die politisch traditionell sehr konservativ waren. Ihre Motivation war vor allem die Befürchtung, dass ihre Erträge beeinträchtigt und so ihre Existenzen bedroht werden würden⁹¹. Ebenso beteiligten sich jedoch auch anderen Menschen aus der Region, Studierende aus dem nahe gelegenen Freiburg, Kommunisten und andere linksradikale Gruppierungen, an dem Protest. So war die Heterogenität der an der Bewegung beteiligten Personen eine Besonderheit und ein Grund für die politische Wahrnehmbarkeit und ihren Einfluss. Viel Unterstützung gab es zudem auch aus Frankreich, wo sich, im Elsass seit 1971 eine starke Front gegen AKWs gebildet hatte⁹². Auf mehreren Wegen versuchte man in Wyhl gegen den Bereits beginnenden Bau vorzugehen. Neben Großdemonstrationen und zwei Bauplatzbesetzungen, an den sich ca. 30.000 Besetzer*innen beteiligten⁹³, war der juristische Widerstand ein zentrales Mittel, um den Bau über Jahre aufzuschieben⁹⁴. Zwar wurde 1982 die Genehmigung für den Bau endgültig erwirkt, doch bestand von Seiten der

⁸⁶ Ebd., 247

⁸⁷ Sternstein 2013, 21

⁸⁸ Roth/Rucht 2008, 248 f.

⁸⁹ Ebd., 249 f.

⁹⁰ Knoch 2007, 271

⁹¹ Brüggemeier 2015, 8

⁹² Knoch 2007, 273-286

⁹³ Marg/Walter 2013, 160

⁹⁴ Brüggemeier 2015, 8

Landesregierung bald kein Interesse mehr an der Umsetzung. Unter anderem der Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 hatte großen Einfluss darauf, dass die Pläne für das AKW in Wyhl fallen gelassen wurden. So war der Protest in Wyhl, in Verbindung mit der Tragödie in Tschernobyl, am Ende erfolgreich⁹⁵.

Aus dem Protest entwickelte sich eine bundesweite Bewegung, die unzählige Protestereignisse organisierte. An vielen dieser Veranstaltungen nahmen jeweils mehrere 10.000 Menschen teil. Die größte Demonstration gegen Atomkraft in Deutschland fand 1979 mit 150.000 Teilnehmenden in der Bundeshauptstadt Bonn statt. Die späten 70er Jahre waren eine Hochzeit der Anti-Atom-Bewegung. Unter anderem die AKWs in Grohnde, Brokdorf und Kalkar standen dabei immer wieder im Fokus⁹⁶. Als Gorleben 1977 als Standort für das Nukleare Entsorgungszentrum benannt wurde, entstand hier ein neues Zentrum des Widerstands⁹⁷. Auch in der aktuellen Endlagerdebatte spielt der Standort Gorleben weiterhin eine große Rolle⁹⁸. 1980 wurde hier ein Anti-Atomdorf unter dem Namen „Republik Freies Wendland“ gebaut, welches zu einem wichtigen Symbol der Bewegung wurde⁹⁹. Nun waren nicht nur AKWs Orte und Inhalt des Protests, sondern zunehmend auch der Atommüll und dessen Lagerung¹⁰⁰.

Nach einer vorübergehenden Abnahme der Intensität und der Größe des Protests wuchs die Bewegung seit 1984 wieder an und erreichte ihren Mobilisierungshöhepunkt 1986. Neben dem Protest gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf fiel der Reaktorunfall in Tschernobyl in diesen Zeitraum. Dieser Unfall barg ein enormes Mobilisierungspotential für die Anti-Atom-Bewegung und hatte zur Folge, dass sich nun ein Großteil der Bevölkerung gegen die Nutzung der Atomenergie aussprach¹⁰¹. So markierte das Jahr 1986 einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Atomenergie¹⁰². Auch viele wichtige ehemalige Befürworter der Atomkraft, wie beispielsweise die Gewerkschaften, engagierten sich nun in der Anti-Atom-Bewegung. Es kam zu vielen Massendemonstrationen, sodass der bisherige atompolitische Kurs Deutschlands nicht mehr mehrheitsfähig war¹⁰³.

⁹⁵ Sternstein 2013, 84

⁹⁶ Roth/Rucht 2008, 252-254

⁹⁷ Mohr 2015, 137

⁹⁸ Brunnengräber/Hocke 2014, 62

⁹⁹ Greenpeace Magazin o.J.

¹⁰⁰ Rucht 2001, 185

¹⁰¹ Schildt 2001, 14

¹⁰² Arndt 2016, 3 f.

¹⁰³ Roth/Rucht 2008, 264

Da keine weiteren AKWs mehr gebaut werden würden, entwickelte sich die Entsorgung der Brennelemente immer mehr zum Schlüsselkonflikt¹⁰⁴. Gegen die jährlich stattfindenden Castor-Transporte in Richtung Gorleben gab es seit 1994 zahlreiche Massenproteste, die jeweils nationale Aufmerksamkeit bekamen¹⁰⁵. So wurde das Zwischenlager im Wendland zum Hauptbezugspunkt der Bewegung¹⁰⁶. Daran änderte auch die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen im Jahr 2000 nichts. Es wurde zwar der Konflikt um die AKWs beruhigt, jedoch blieb die Endlagerfrage weiterhin offen und die festgelegte Restlaufzeit war für die meisten Aktivist*innen viel zu lang¹⁰⁷. Es stellte sich heraus, dass das Misstrauen der Anti-Atom-Bewegung gerechtfertigt war. Im Jahr 2010 verlängerte die Schwarz-Gelbe Regierung die Laufzeiten der AKWs und revidierte den zuvor beschlossenen Atomausstieg. Als Reaktion auf diese Gesetzesänderung erlangte die Anti-Atom-Bewegung eine Stärke wie Mitte der 80er Jahre¹⁰⁸. Viele 100.000 Menschen beteiligten sich am Protest an vielen Orten deutschlandweit¹⁰⁹. Als sich kurz darauf im Jahr 2011 der Reaktorunfall bei Fukushima ereignete, wurde die Bewegung erneut in ihrem Engagement bestärkt. Die sofortige Abschaltung schien die nötige Folge aus den Ereignissen zu sein¹¹⁰. Menschenketten, Großdemonstrationen und Mahnwachen an 726 Orten deutschlandweit waren die Mittel, die diese Forderung zum Ausdruck brachten¹¹¹. Nur wenige Tage nach dem Unfall beschloss das Bundeskabinett ein Atom-Moratorium und der Bundestag verabschiedete drei Monate später den erneuten Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie¹¹². Auch wenn die Entscheidung möglicherweise nicht nur auf den Bürgerprotest zurückgeht, so ist es doch ein Erfolg der Bewegung, die es geschafft hat das Thema Atomenergie über Jahrzehnte regelmäßig in den öffentlichen Diskurs zu bringen¹¹³.

¹⁰⁴ Brunnengräber/Hocke 2014, 63

¹⁰⁵ Roth/Rucht 2008, 255

¹⁰⁶ Mohr 2015, 137

¹⁰⁷ Roth/Rucht 2008, 255

¹⁰⁸ Sternstein 2013, 195 f.

¹⁰⁹ Mohr 2015, 140

¹¹⁰ Sternstein 2013, 196 f.

¹¹¹ Mohr 2015, 172

¹¹² Sternstein 2013, 196 f.

¹¹³ Knaut/Plottka 2012, 83

4.3 Struktur der Anti-Atom-Bewegung

An dieser Stelle können nicht alle Strukturen der Anti-Atom-Bewegung in ihrer Gänze und Komplexität dargestellt werden. Es soll bloß skizziert werden, welche Art von Akteuren in dieser sehr heterogenen, netzwerkförmigen Bewegung eine wichtige Rolle spielen.

Zu Beginn des Anti-Atom-Engagements entstanden meist lokale Initiativen, die sich in der Regel gegen ein konkretes Projekt in der Region wandten und meist nur regional mit anderen Bürgerinitiativen (BI) verbunden waren. So gab es beispielsweise in der Region um Wyhl eine intensive Zusammenarbeit zwischen den viele unabhängigen BI. Kurz darauf wurde 1972 auch ein bundesweiter Zusammenschluss, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), gegründet. Er sollte ein loses Organ sein, in dem autonome BI zusammenarbeiten konnten, umso mehr politischen Einfluss zu erreichen¹¹⁴. Große Umweltverbände spielten für die Anti-Atom-Bewegung jedoch lange Zeit eine deutlich kleinere Rolle als für die Umweltbewegung¹¹⁵.

Von Anfang an setzte die Bewegung auf wissenschaftliche Expertise. Neben der internen Fortbildung der Aktivist*innen brachten sich Wissenschaftler*innen in den Diskurs ein und es entstanden sogar Forschungseinrichtungen, die aus der Bewegung hervorgingen und diese stützten. Durch fundiertes Wissen waren die Argumente der Bewegung wirkmächtiger. So konnte der politische Druck erhöht werden¹¹⁶.

Die Anti-Atom-Bewegung hat in der Zeit ihres Bestehens eine sehr differenziert, aber vernetzte Infrastruktur aufgebaut. Sie besteht aus unzähligen BI, Verbänden und Einzelpersonen und ist vor allem dadurch geprägt, dass sie nicht fest institutionalisiert ist, sondern mit losen Absprachen und offenen Kooperationsstrukturen arbeitet¹¹⁷. Die Strukturen haben sich im Laufe der Zeit kontinuierlich verändert. Viele BI sind verschwunden, aber gleichzeitig sind auch neue entstanden. Die Inhalte blieben jedoch bestehen¹¹⁸. Des Weiteren setzt sich die Bewegung aus vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen, wie Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und verwandten Bewegungen zusammen und hat es so geschafft, dass die Unterstützung kontinuierlich bestehen blieb¹¹⁹.

Die meisten Umweltverbände wurden in Deutschland ab den 70er Jahren gegründet und erreichten im Protest gegen die Atomenergie ihre Hochzeit¹²⁰. Zu Beginn der 2000er Jahre gab es in

¹¹⁴ Roth/Rucht 2008, 259

¹¹⁵ Rucht 2001, 186-188

¹¹⁶ Sternstein 2013, 91 f.

¹¹⁷ Marg/Walter 2013, 163

¹¹⁸ Brunnengräber/Hocke 2014, 64

¹¹⁹ Marg/Walter 2013, 160

¹²⁰ Roth/Rucht 1987, 246

Deutschland ca. 9.200 Umweltschutzorganisationen¹²¹. Die meisten dieser jungen Organisationen, wie beispielsweise Greenpeace oder der BUND, beteiligten sich von Anfang an an der Arbeit gegen die Atomenergie¹²². Sie trugen auch maßgeblich dazu bei, dass Protest sich nicht mehr nur in Demonstrationen und auf juristischem Weg äußerte. Sie begaben sich in Verhandlungen und beteiligten sich an der formellen Politik und versuchten auf diesem Weg Einfluss zu erlangen¹²³. Besonders in der immer noch aktuellen Endlagerdebatte bekamen Organisationen und somit die Bewegung die Möglichkeit an den Entscheidungen zu partizipieren¹²⁴.

4.4 Die NaturFreunde als Teil der Anti-Atom-Bewegung

Die NaturFreunde sind durch den Protest gegen Atomwaffen zu dem Thema Atomenergie gekommen. In den 50er Jahren waren die NaturFreunde eine der tragenden Organisationen des Protests gegen die Wiederbewaffnung in der Anti-Atomtod-Bewegung¹²⁵. Die Naturfreundejugend war zudem auch Mitinitiator der ersten Ostermärsche in Deutschland, die ab 1960 stattfanden und eine wichtige Grundlage der Anti-Atomtod-Bewegung darstellten¹²⁶. Die NaturFreunde waren, seit die Nutzung der Atomenergie, sowohl zivil als auch militärisch, auf der politischen Agenda stand, strikt dagegen. Dies bezieht sich in erster Linie auf die Funktionär*innen. Auf Ebene der Mitglieder war die Positionierung oft sehr differenziert.

An den großen Auseinandersetzungen der Anti-Atom-Bewegung waren, Hixsch's Einschätzung nach, fast immer NaturFreunde beteiligt. Beispielsweise seien in Wyhl von Anfang an sehr viele NaturFreunde vertreten gewesen. Das liegt u.a. daran, dass es in Baden-Württemberg verhältnismäßig viele Ortsgruppen der NaturFreunde gibt. Bei vielen anderen Protesten waren die NaturFreunde als tragende Organisationen oder Individuen, die Mitglieder oder Funktionär*innen der NaturFreunde waren, wichtige Initiatoren. In Brokdorf und auch in Gorleben waren mehrere niedersächsische Ortsgruppen der NaturFreunde, unter anderem Göttingen und Hannover, anfangs sehr entscheidend. Diese Präsenz der NaturFreunde ist dadurch möglich gewesen, dass sie deutschlandweit verteilt so viele Ortsgruppen haben, sodass immer auch in der Nähe der Brennpunkte NaturFreunde Gruppen angesiedelt waren.

¹²¹ Reiß 2007, 40

¹²² Roth/Rucht 2008, 259

¹²³ Rucht 2001, 174

¹²⁴ Brunnengräber/Hocke 2014, 60

¹²⁵ Hixsch 2017, 1

¹²⁶ DGB-Kreis München 1984

Die Rolle, die die NaturFreunde in Bewegungen übernehmen, befindet sich oft eher im Hintergrund. Sehr häufig melden sie im Namen von Bündnissen die Demonstrationen an, die von vielen anderen Organisationen dann auch getragen und beworben werden. So waren die NaturFreunde beispielsweise die Organisation, die die große Demonstration in Berlin im Nachgang des Reaktorunfalls von Fukushima 2011, mit ca. 120.000 Teilnehmer angemeldet hat. Auch wenn die Rolle der NaturFreunde im öffentlichen Diskurs zur Anti-Atom-Bewegung unbedeutend scheint, übernehmen sie immer wieder wichtige Funktionen¹²⁷.

Hiksch sieht die NaturFreunde als einen „Scharniergänger“ zwischen Anti-Atom-Bewegung und der Friedensbewegung, der versucht diese Bewegungen gegenseitig zu beeinflussen und miteinander zu verschränken. Dies sei ihnen allerdings nicht merklich gelungen¹²⁸. Als zweites Alleinstellungsmerkmal der NaturFreunde gegenüber anderen Organisationen der Anti-Atom-Bewegung sieht Hiksch die Bestrebung ökonomische Aspekte und insbesondere die Eigentumsverhältnisse in die Betrachtung der Energiepolitik einfließen zu lassen. Das meint die Frage wem die Netze und die Energieversorgungsunternehmen gehören sollten. Die NaturFreunde seien schon lange der Ansicht, dass dies „Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“ seien und sich als Folge dessen in öffentlicher Hand befinden sollten¹²⁹.

Obwohl die NF in der Öffentlichkeit verhältnismäßig wenig präsent sind, sind sie eindeutig als Teil der Anti-Atom-Bewegung zu sehen. Sie identifizieren sich selbst als Teil der Anti-Atom-Bewegung und partizipieren im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl relativ stark an den Protestereignissen¹³⁰.

¹²⁷ Hiksch 2017, 1-3

¹²⁸ Ebd., 1 f.

¹²⁹ Ebd., 6

¹³⁰ Ebd., 6

5. Die Energiewende

Der deutsche Begriff „Energiewende“ ist wie der Begriff „Kindergarten“ weltweit bekannt. Die scheinbar ambitionierten Ziele, die sich Deutschland im Zusammenhang mit diesem politischen Projekt gesteckt hat, werden in vielen Ländern aufmerksam verfolgt. Obwohl es einige Staaten gibt, die deutlich nachhaltigeren Energieerzeugungsstrukturen haben, schreibt sich Deutschland eine energiepolitische Vorbildrolle zu und bemüht sich diese auch einzunehmen¹³¹. Einige Aspekte der Energiewende sind jedoch auch starker Kritik, auch von Umweltschutzorganisationen wie den NaturFreunden, ausgesetzt. Um an späterer Stelle darauf eingehen zu können, wird in diesem Kapitel umrissen was unter der Energiewende zu verstehen ist. Zuerst wird eine Begriffsdefinition, dieses eigentlich unscharfen Begriffs vorgenommen. Anschließend wird erläutert, wie es zu dem mit der Energiewende in Verbindung stehenden Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie kam. Darauf folgend werden die grundlegenden Ziele der Energiewende umrissen.

5.1 Begriffsbestimmung Energiewende

Der Begriff „Energiewende“ beschreibt allgemein betrachtet, wenn das rezente politische Projekt ausgeklammert wird, das Phänomen, dass sich die Energieerzeugungsstrukturen einer Gesellschaft grundlegend verändern. Historisch gesehen fand die erste große Energiewende in Deutschland mit der Industrialisierung vor circa 200 Jahren statt. Der beginnende Einsatz von Kohle löste damals Holz als Grundlage der Energieversorgung ab und machte die Menschen unabhängig von nachwachsenden Energieträgern. Bis heute ist der größte Teil der eingesetzten Energie fossilen Ursprungs¹³².

Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich das Erdöl zur tragenden Säule der Energiegewinnung. Bereits zu dieser Zeit entstand jedoch die Angst, dass die Vorräte in naher Zukunft erschöpft sein könnten¹³³. Aus diesem Grund versuchte man der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu entkommen und fand die vermeintliche Lösung in der zivilen Nutzung der Atomenergie. Nicht nur auf politischer Ebene wurde die Nutzung der Atomenergie forciert, sondern auch durch die Zivilgesellschaft zog sich eine Welle der Euphorie¹³⁴. Die Atomenergie versprach eine saubere und unbegrenzt verfügbare Energieerzeugungsmethode zu sein. Mit der Schaffung des Atomministeriums, der Einführung des Atomgesetzes und großer Unterstützung für die ent-

¹³¹ Kemfert 2016, 17

¹³² Brüggemeier 2015, 6

¹³³ Ebd., 6-8

¹³⁴ Roth/Rucht 2008, 247 f.

stehende Atomindustrie versuchte Deutschland den Rückstand gegenüber anderen Nationen aufzuholen und einen großen Teil der benötigten Energie in AKWs zu erzeugen. Bei diesen Entwicklungen kann man ebenfalls von einer Energiewende sprechen, bzw. bei von dem Versuch eine Energiewende umzusetzen¹³⁵.

Der Begriff „Energiewende“ wurde erstmals 1978 in den Diskurs eingebracht. Im Zusammenhang mit den Anti-Atom-Protesten, der Ölkrise, dem Sauren Regen, sowie den Ergebnissen des Club of Rome wurde ein grundlegender Wandel der Energieerzeugung gefordert. Allerdings spielte diese Forderung auf politischer Ebene noch keine Rolle¹³⁶.

Was heute unter dem Begriff der Energiewende verstanden wird, hat seinen Ursprung in der Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung, die ab 1998 im Amt war. Sie begann die erneuerbaren Energien intensiv zu fördern und versuchte so den Weg zu ebnen, um sowohl aus der Atomenergie auszusteigen als auch auf lange Sicht auf fossile Energieträger verzichten zu können. Zu diesem Zweck verabschiedete der Bundestag im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das den Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung voranbringen sollte¹³⁷. Dazu kam, dass die Bundesregierung mit der Atomwirtschaft einen Plan aushandelte, der als Ziel hatte, dass bis zum Jahr 2021 alle AKWs vom Netz gehen würden¹³⁸. In diesem Zusammenhang wurde 2002 auch das Atomgesetz geändert¹³⁹.

Die Energiepolitik der schwarz-gelben Bundesregierung seit 2009 unterschied sich zuerst markant von der rot-grünen. Die Regierung stellte 2010 ihr neues Energiekonzept vor, das sich in erster Linie auf die Senkung der Treibhausgasimmissionen bezog. Eine Förderung der erneuerbaren Energien war weiterhin vorgesehen, doch wurde der baldige Ausstieg aus der Atomenergie umgangen und die Laufzeiten der AKWs verlängert. Damit scheiterte der Atomausstieg vorerst¹⁴⁰.

Nach dem Reaktorunfall im AKW Fukushima änderte die Regierung jedoch ihre Atompolitik bereits 2011 radikal und setzte den Atomausstieg wieder auf die politische Agenda¹⁴¹. Dieser

¹³⁵ Brüggemeier 2015, 5-8

¹³⁶ Bossel 2014, 12 f.

¹³⁷ Brüggemeier 2015, 11

¹³⁸ Roth/Rucht 2008, 255

¹³⁹ Brüggemeier 2015, 11

¹⁴⁰ Brunnengräber/Di Nucci 2014, 353

¹⁴¹ Brüggemeier 2015, 11 f.

Wendepunkt markiert den Beginn dessen, was im öffentlichen Diskurs mit dem Begriff „Energiewende“ konkret bezeichnet wird¹⁴².

In dieser Arbeit ist, wie im populären Diskurs, unter „Energiewende“ das politische Projekt zu verstehen, welches seit 2011 als Reaktion auf den Reaktorunfall die energiepolitische Agenda dominiert. Bei diesem Projekt geht es „um einen fundamentalen Umbau der Energieversorgung weg von fossilen und nuklearen Energien hin zu einer hocheffizienten Energienutzung mit einem dominierenden Beitrag erneuerbarer Energien“¹⁴³.

5.2 Der Atomausstieg

Der Atomausstieg ist, wie im vorigen Kapitel beschrieben, ein zentrales Ziel der Energiewende. Gefordert wurde er von großen Teilen der Zivilgesellschaft bereits seit Jahrzehnten. Im Jahr 1992 wurde er zum ersten Mal von politischen Institutionen aufgegriffen. Die Konsensgespräche zwischen der Landesregierung Niedersachsens und der Elektrizitätswirtschaft stellten den ersten Schritt in Richtung Atomausstieg dar¹⁴⁴. Zehn Jahre später wurde er in der Bundespolitik durch die rot-grüne Regierung gesetzliche Realität. Ein Konsens mit der Atomwirtschaft ermöglichte es die Restlaufzeiten so zu begrenzen, dass das letzte AKW in Deutschland 2021 abgeschaltet werden sollte. Eine Änderung des Atomgesetzes begrenzte die Strommengen, die AKWs erzeugen durften¹⁴⁵.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung umging, wie bereits beschrieben, diese Regelung und verlängerte die Laufzeiten der deutschen AKWs um durchschnittlich 12 Jahre. Im Dezember 2010 trat das zugehörige Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes, welches große Proteste in der Zivilbevölkerung auslöste, in Kraft¹⁴⁶. Bereits drei Monate danach gab es jedoch eine Kehrtwende der schwarz-gelben Atompolitik. Im Gegensatz zum Atomunglück bei Tschernobyl folgten auf jenes in Fukushima im März 2011 konsequente politische Maßnahmen¹⁴⁷. Die Regierung, die zuvor noch aus Überzeugung die Atomenergie unterstützt hatte, wollte die Laufzeitverlängerungen nun wieder umkehren. Die Bundesregierung, und besonders die Kanzlerin, beschlossen am 14.3.2011 ohne eine Gesetzesänderung die Laufzeitverlängerung auszusetzen. Es wurde angekündigt alle bestehenden AKWs einer Sicherheitsprüfung zu unterziehen. Einen Tag später wurde beschlos-

¹⁴² Sander 2016, 182

¹⁴³ Brunnengräber/Di Nucci 2014, 355

¹⁴⁴ Roth/Rucht 2008, 255

¹⁴⁵ Brüggemeier 2015, 11

¹⁴⁶ Brunnengräber/Di Nucci 2014, 353

¹⁴⁷ Piepenbrink 2012, 7

sen, dass acht AKWs sofort vom Netz genommen werden sollten¹⁴⁸. Am 30. Juni verabschiedete der Deutsche Bundestag das dreizehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes. Damit wurde der Atomausstieg Deutschlands bis zum Jahr 2022 festgelegt¹⁴⁹. Für acht Reaktoren erlosch die Betriebsgenehmigung sofort. Die übrigen 9 sollten gestaffelt abgeschaltet werden, sodass der letzte im Jahr 2022 vom Netz gehen würde¹⁵⁰. Dies bedeutet, dass Deutschland bis 2022 unabhängig von Atomenergie sein muss und hat zur Folge, dass andere Kraftwerkstechnologien weiter gefördert werden sollten. Die Energiewende zu einem großen Anteil erneuerbarer Energien wurde aus politischer Sicht notwendig¹⁵¹.

5.3 Ziele der Energiewende

Neben dem Vorhaben aus der Atomenergie auszusteigen hat sich die Regierung gleichzeitig auch ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt. Die Treibhausgasemissionen Deutschlands sollen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden. Zu diesem Zweck muss die Verwendung fossiler Energieträgern stark reduziert werden¹⁵². Dies macht es erforderlich neben Energieeinsparungs- und Effizienzmaßnahmen auch andere Energieerzeugungsmöglichkeiten zu fördern. Konkret sollen bis 2050 Erneuerbare Energien 80 Prozent des Strombedarfs und 60 Prozent des Gesamtenergiebedarfs produzieren¹⁵³.

Als wichtigstes Instrument für die Förderung der Erneuerbaren Energien dient das EEG¹⁵⁴. Formell ist der Zweck des Gesetzes

„eine nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung zu ermöglichen, die volkswirtschaftlichen Kosten der Energieversorgung [...] zu verringern, fossile Energieressourcen zu schonen und die Weiterentwicklung von [...] erneuerbaren Energien zu fördern.“¹⁵⁵

Damit sind die Ziele der Energiewende grob umrissen. Sie verspricht mehrere Probleme gleichzeitig zu lösen. Sie soll den Ausstieg aus der Atomenergie ermöglichen, die Energieversorgung nachhaltig sichern, eine Unabhängigkeit von Energieimporten schaffen, die CO₂-Emissionen reduzieren und die Energiekosten stabilisieren¹⁵⁶.

¹⁴⁸ Mohr 2015, 169

¹⁴⁹ Piepenbrink 2012, 7

¹⁵⁰ Brunnengräber/Di Nucci 2014, 354

¹⁵¹ Piepenbrink 2012, 7

¹⁵² Bundeszentrale für Politische Bildung o.J.

¹⁵³ Brüggemeier 2015, 26-29

¹⁵⁴ Bundeszentrale für Politische Bildung o.J.

¹⁵⁵ Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz o.J.

¹⁵⁶ Bossel 2014, 152

6. Der energiepolitische Fokus der NaturFreunde Deutschlands vor der Energiewende

Die Untersuchung der energiepolitischen und insbesondere der atompolitischen Schwerpunktsetzung der NaturFreunde ist zentraler Bestandteil für die Bearbeitung der Forschungsfrage dieser Arbeit. Zu diesem Zweck werden im ersten Schritt die energiepolitischen Positionen der NaturFreunde in der Zeit vor der Energiewende umrissen. Dabei ist zu beachten, dass es nicht möglich ist eine allumfassende Darstellung und Analyse jeglicher energiepolitischen Themenfelder vorzunehmen, die für die NaturFreunde jemals eine Rolle gespielt haben. Grundsätzlich orientierten sich die Schwerpunkte der NaturFreunde Hicks' Einschätzung nach immer an denen der Anti-Atom-Bewegung¹⁵⁷. Dieses Kapitel wird besonders jene Bereiche thematisieren, die eine relevante zeitliche Nähe zu der Energiewende aufweisen. In erster Linie handelt es sich hierbei um die Zeitspanne zwischen 2002 und 2010. Außerdem werden ausdrücklich nur exemplarische Positionen behandelt. Es ist nicht möglich jegliche Diskussionen abzubilden, die jemals innerverbandlich wichtig waren. Aus diesem Grund werden nur solche dargestellt, die eine ausreichende Relevanz haben und belegbar sind. Im Vergleich zu den aktuellen online verfügbaren Veröffentlichungen der NaturFreunde ist die Dichte jener aus dem im folgenden Kapitel zu thematisierenden Zeitraum relativ gering. Deshalb werden manche Themen nur angeschnitten, die in Kapitel 7 ausführlicher behandelt werden. Zuerst wird in diesem Kapitel eine Betrachtung der atompolitischen Aspekte vorgenommen. Anschließend werden weitere energiepolitische Themen dargestellt.

6.1 Die Atompolitischen Schwerpunkte der NaturFreunde

Wie bereits erläutert wurde, sagen die NaturFreunde von sich, dass sie bereits seitdem das Thema der Atomenergie in Deutschland relevant ist, dieser Technologie ablehnend gegenüberstehen. Dabei ist es geblieben. Es ist also wenig überraschend, dass die folgenden Schwerpunkte eine kritische Thematisierung der Atomenergie darstellen.

Die Änderung des Atomgesetzes im Jahr 2002, die den Atomausstieg bis 2021 festschrieb, führte nicht dazu, dass die NaturFreunde aufhörten den schnellstmöglichen Atomausstieg zu fordern. Dies blieb weiterhin die zentrale Forderung in der Atompolitik. Ein deutlich schneller Ausstieg sei möglich und nötig. Die Restlaufzeiten seien inakzeptabel¹⁵⁸. Die NaturFreunde betonen dabei, dass nicht nur aus der Nutzung der Atomenergie, sondern ebenso aus allen anderen Atomtechnologien ausgestiegen werden müsse. Dazu gehören beispielsweise auch Wiederaufbereitungsanla-

¹⁵⁷ Hicks 2017, 4

¹⁵⁸ Naturfreundejugend Deutschlands 2009, 1

gen¹⁵⁹. Die wichtigsten Argumente für die Ablehnung der Atomenergie waren neben dem Risiko eines Reaktorunfalls, welches der Einschätzung der Naturfreundejugend nach extrem gering sei, die Gefahr von Krebserkrankungen durch die Emissionen im Normalbetrieb, die Endlagerproblematik, die Uranimportabhängigkeit sowie die Tatsache, dass die realen Kosten für Atomenergie deutlich über denen für erneuerbare Energiegewinnung lägen¹⁶⁰.

Als das Thema der Laufzeitverlängerung auf die politische Agenda kam, konnte nicht mehr nur die Verkürzung der bestehenden Restlaufzeiten gefordert werden. Das Ziel war nun die geplante Verlängerung zu verhindern¹⁶¹. Der Kontext des Atomausstiegs bekam bei den NaturFreunden somit durch die veränderten politischen Voraussetzungen ein neues Framing. Ein weiteres Mal veränderten sich die Rahmenbedingungen für dieses Thema mit dem Reaktorunfall bei Fukushima, der in die Zeit fiel, in der die Debatte um die beschlossenen Laufzeitverlängerungen noch nicht abgeschlossen war. Die Forderung des sofortigen Ausstiegs wurde nun tagesaktuell und erhielt eine zuvor nicht dagewesene Legitimität und öffentliche Unterstützung. So hatten auch die NaturFreunde in dieser Zeit ihre Forderung nach dem schnellstmöglichen Ausstieg intensiviert und wurden im Bewegungsspektrum sehr aktiv. Die Forderung und die Begründung hatten sich bei den NaturFreunden durch den Reaktorunfall wenig verändert. Jedoch war die gesellschaftliche Legitimität deutlich stärker als zuvor¹⁶².

Des Weiteren forderten die NaturFreunde in der Vergangenheit, dass auch in anderen Staaten nicht weiter mit AKWs Strom produziert werden solle. Von den deutschen Politikern forderten die NaturFreunde Deutschlands sich auf europäischer und internationaler Ebene gegen die Verwendung von Atomkraft zu engagieren¹⁶³. Dazu gehöre auch den EURATOM-Vertrag abzuschaffen¹⁶⁴. Dieser wurde 1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beschlossen. Er diene dazu die Atomindustrie in Europa voran zu bringen. Der EURATOM-Vertrag und die heute dahinterstehende eigenständige Organisation sichert die Atomindustrie bei ihrer Arbeit ab und minimiert die Einflussmöglichkeiten der EU auf die Energiekonzerne der einzelnen Mitgliedsstaaten¹⁶⁵. Deutschland beteiligte sich weiterhin an EURATOM und trug somit zur Stützung der Atomindustrie bei¹⁶⁶. Die NaturFreunde hielten es für inakzeptabel, dass sich Deutsch-

¹⁵⁹ Hikschi 2017, 11

¹⁶⁰ Naturfreundejugend Deutschlands 2009, 2 f.

¹⁶¹ Marian 2010, 22

¹⁶² Hikschi 2017, 3

¹⁶³ Naturfreundejugend Deutschlands 2009, 7

¹⁶⁴ Naturfreunde Internationale 2009a

¹⁶⁵ Bittner 2011

¹⁶⁶ Fischer 2011, 2

land an der Forschung und der Förderung der Atomindustrie beteiligte¹⁶⁷. Außerdem sei aus Sicht der NaturFreunde Internationale eine internationale Verschärfung der Sicherheitsstandards für die noch bestehenden AKWs, sowie ein Verbot des Neubaus von AKWs nötig¹⁶⁸.

Ein weiterer Schwerpunkt war, wie für die gesamte Anti-Atom-Bewegung, schon seit vielen Jahren die Problematik des Atommülls. Dabei sahen die NaturFreunde laut Hikschi nie die Möglichkeit, dass ein Endlager gefunden werden könnte. Die Zeitspanne, in der die Abfälle gelagert werden müssen sei zu groß, als dass man davon ausgehen könnte, dass sie die ganze Zeit an einem Ort gelagert werden könnten. Deshalb sprechen die NaturFreunde schon seit langer Zeit nicht von Endlagerung. Darin, dass staatlich nur nach einem Endlager für die Ewigkeit gesucht wird liegt auch das größte Problem, dass die NaturFreunde bei der atommülllagerbezogenen Bundespolitik ausmachten¹⁶⁹. Die Standorte Gorleben und Schacht Konrad waren für die NaturFreunde schon seit diese relevant wurden indiskutabel¹⁷⁰.

6.2 Andere Aspekte der Energiepolitik

Im Jahr 2008 hat der Kongress der NaturFreunde Internationale in Liberec die Klimacharta der NaturFreunde beschlossen. In dieser sind die zu diesem Zeitpunkt wichtigen klimapolitischen und insbesondere energiepolitischen Forderungen der NaturFreunde aufgeführt. Zentraler Bestandteil dieser Charta ist die Forderung nach einer Steigerung der Nutzung von erneuerbarer Energiegewinnung. Dazu gehörten für die NaturFreunde die Verwendung von Energie aus Sonne-, Wind-, Wasser- und Biomassekraftwerken. Zu beachten bei der Förderung dieser Kraftwerksformen sei jedoch die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien¹⁷¹. In einer Broschüre der NaturFreunde Internationale aus dem Jahr 2009 wurde diese Forderung etwas differenzierter dargestellt. Zur Sonnenenergie sagt sie, dass diese unbedingt in Bezug auf Förderung und Forschung forciert werden solle. Der Bau von Windkraftanlagen solle unter Einbeziehung der Anwohner und der Sicherstellung ökologischer Standards stärker gefördert werden¹⁷². Diese Standards seien Hikschi's Einschätzung nach jedoch minimal. Die grundsätzliche Einstellung zu Windkraftanlagen ist positiv. Nur wenn es sich um massive Eingriffe in die Natur handele, beispielsweise im Fall von Vogel-

¹⁶⁷ Naturfreunde Internationale 2009a

¹⁶⁸ Ebd.

¹⁶⁹ Hikschi 2017, 9

¹⁷⁰ Naturfreundejugend Deutschlands 2009, 2

¹⁷¹ Naturfreunde Internationale 2008, 6 f.

¹⁷² Naturfreunde Internationale 2009a

zuglinien, lehnen die NaturFreunde Deutschlands Windkraftanlagen ab. Damit stehen sie im Widerspruch zu den Positionen des NABU¹⁷³.

Ein starker Unterschied ist zwischen der Broschüre und der Klimacharta bei der Verwertung von Biomasse zu erkennen. Agrotreibstoffen, womit in diesem Kontext neben der Vergasung von Biomasse auch Dieselherstellung gemeint ist, seien ausschließlich aus nachhaltiger Produktion zu subventionieren. In der Klimacharta gab es keine solche Einschränkung. Ebenso wurde in der Broschüre auch das Thema der Wasserkraft deutlich differenzierter dargestellt als in der Charta. Sowohl Klein-als auch Großwasserkraftwerke sollen nicht um jeden Preis errichtet werden. Der Schutz der Natur und der Fließgewässer seien dem Bau eines Wasserkraftwerks vorzuziehen¹⁷⁴.

Als zweiten wichtigen Themenbereich behandelte die Klimacharta fossile Energieträger. Jegliche Subventionen für die Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern sollten gestoppt werden um somit die Verwendung dieser zu reduzieren¹⁷⁵. Dafür sprach aus Sicht der NaturFreunde nicht nur die ökologische Notwendigkeit, sondern auch die Perspektive, dass fossile Energieträger in absehbarer Zeit, aufgrund ihrer begrenzten Verfügbarkeit knapp und teuer werden würden¹⁷⁶. Die Diskussion um den Kohleausstieg ist für die NaturFreunde Deutschlands seit ca. 20 Jahren immer wieder sehr wichtig. Ihre Forderung war, dass Deutschland auf die energetische Verwertung von Kohle verzichten solle. Auf Landesebene hat sich die diesbezügliche Positionierung bei den NaturFreunden viele Jahre unterschiedlich ausgestaltet. Das liegt daran, dass es beispielsweise Bundesländer gibt, die dem Bergbau und der damit zusammenhängenden Industrie traditionell besonders nahestehen. Für die Funktionär*innen ist die Kohlekritik jedoch schon seit vielen Jahren konsensfähig¹⁷⁷.

Zwei weitere Themen, die für die NF von zentraler Bedeutung waren, sind Energieeffizienz und Energieeinsparungen¹⁷⁸. Die Forderung nach einer Fokussierung auf diese Themen findet sich in vielen Publikationen wieder. Die Einhaltung der Energieeffizienzrichtlinien der EU solle in den einzelnen Mitgliedsländern gewährleistet und zudem ein Energieeffizienzplan erarbeitet werden. Dazu gehörte für die NF auch die Einführung von Mindest-Effizienz-Standards für energieintensive Technologie in der Industrie. Als einen politischen Ansatz für die Förderung von Energieeinsparung benennen sie eine „verbrauchsabhängige Energiebesteuerung“¹⁷⁹. Politische Maßnah-

¹⁷³ Hikschi 2017, 14 f.

¹⁷⁴ Naturfreunde Internationale 2009a

¹⁷⁵ Naturfreunde Internationale 2008, 7

¹⁷⁶ Naturfreunde Internationale 2009b

¹⁷⁷ Hikschi 2017, 7

¹⁷⁸ Naturfreunde Internationale 2009b

¹⁷⁹ Naturfreunde Internationale 2008, 6 f.

men, die zur Einsparung von Energie führen, sollten ihrer Ansicht nach immer anderen Möglichkeiten des Umbaus der Energieversorgung vorgezogen werden¹⁸⁰.

Aus Sicht der NaturFreunde Deutschlands sollte das Gesamtziel eine dezentrale Energieerzeugungsstruktur sein. Das bedeutet, dass nicht an wenigen Orten konzentriert große Mengen Strom produziert werden sollten, sondern dort, wo er benötigt wird. Aus diesem Grund lehnten die NaturFreunde im Gegensatz zu anderen Umweltverbänden beispielsweise das Projekt „Desertec“, das in der Wüste produzierten Strom nach Europa exportieren sollte, kategorisch ab. Die Forderung nach einer Dezentralisierung der Energieerzeugung unterschied sich markant von dem bundespolitischen Diskurs, der auf eine weitere Zentralisierung zielte¹⁸¹.

7. Der heutige energiepolitische Fokus der NaturFreunde Deutschlands

Um herauszuarbeiten ob und in welcher Weise sich die energiepolitische Agenda der NaturFreunde Deutschlands seit Beginn der Energiewende gewandelt hat wird in diesem Kapitel dargestellt, welche Schwerpunkte die NaturFreunde in Bezug auf Energie- und Atompolitik heute setzen. Dafür werden nicht Punkt für Punkt die gleichen Themen abgehandelt wie in Kapitel 6. Es wird vorerst bloß dargestellt, wie sich die politischen Fokusse heute ausgestalten. Im Ersten Abschnitt werden die Themen Erwähnung finden, die in den Bereich der Atompolitik fallen und im zweiten Teil werden die weiteren energiepolitischen Themen behandelt.

7.1 Atomenergie

Den „weltweiten Stopp aller Atomkraftwerke“ sieht der Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 2017 als die zentrale atompolitische Forderung. Diese wird durch weitere Forderungen konkretisiert. Ein Ziel der NaturFreunde besteht darin, dass Deutschland aus der gesamten Atomtechnologie und nicht nur der Energiegewinnung in AKWs aussteigen soll. Deshalb fordern die NaturFreunde die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen zu schließen¹⁸². Die Forderung nach einem schnellstmöglichen Atomausstieg, die im Kontext der Ablehnung des Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes von 2011 erneut formuliert wur-

¹⁸⁰ Naturfreunde Internationale 2009b

¹⁸¹ Hiks 2017, 13

¹⁸² NaturFreunde Deutschlands 2017, 30

de¹⁸³, findet in der Resolution 2017 keine Erwähnung. Stattdessen werden in erster Linie Forderungen, die sich mit der internationalen Ebene beschäftigen, aufgeführt¹⁸⁴.

Seit die NaturFreunde vor ca. sechs Jahren unter dem Titel „EURATOM Nein Danke“ eine Kampagne gegen EURATOM gestartet haben, ist dieses Thema immer wieder sehr dominant in der Arbeit der NaturFreunde. Diese Kampagne soll die internationale Dimension der Atompolitik, die durch die pro Atomenergie ausgerichtete Europäische Union geprägt ist, aufzeigen¹⁸⁵. Mit der Forderung den EURATOM-Vertrag vollständig aufzulösen versuchen die NaturFreunde über die atompolitischen Aspekte der EU Politik aufzuklären und gegen sie zu mobilisieren¹⁸⁶. Aus dem Atomausstieg Deutschlands ziehen sie den Schluss, dass auch die anderen Staaten Europas sowie die EU den Ausstieg aus der Atomenergie forcieren sollten. Der Bundeskongress 2014 forderte EURATOM in einen Vertrag „zur Förderung erneuerbarer Energien und Energieeinsparungen (EURONEW)“ umzuwandeln¹⁸⁷. Dabei handelt es sich um einen Ansatz um bestehende Strukturen in eine aus Sicht der NaturFreunde sinnvollere Nutzung zu überführen. Sie fordern die Bundesregierung zudem auf, auf Staaten einzuwirken, die den Bau weiterer AKWs planen, dass diese die Bauvorhaben niederlegen. Außerdem sehen die NaturFreunde eine große Gefahr in den AKWs in Ländern, die direkt an Deutschland angrenzen. Aus diesem Grund fordern sie, dass die in die Kritik geratenen Anlagen in Doel, Tihange, Cattenom, Fessenheim und Temelin sofort abgeschaltet werden¹⁸⁸.

In den Bereich der internationalen Atompolitik fällt außerdem die Forderung, keine Hermesbürgschaften für AKW Bauvorhaben mehr zu übernehmen. Damit werden umgangssprachlich staatliche Versicherungen für Unternehmen bezeichnet, die AKW-Komponenten produzieren und für den Bau von AKWs exportieren¹⁸⁹. Durch diese Bürgschaften werden Unternehmen im Fall der Nichtzahlung ihrer Leistungen abgesichert mit einer Vergütungsgarantie. Diese Bürgschaften sind aus Sicht der NaturFreunde mit dem deutschen Atomausstieg unvereinbar¹⁹⁰.

Auch das Thema der Atommülllagerung hat in den letzten Jahren zunehmend an Relevanz auf der Agenda der NaturFreunde Deutschlands gewonnen. Seit die Endlagerkommission - dessen Vor-

¹⁸³ Hikschi 2017, 11

¹⁸⁴ NaturFreunde Deutschlands 2017, 30

¹⁸⁵ Hikschi 2017, 5

¹⁸⁶ NaturFreunde Deutschlands 2015, 3

¹⁸⁷ NaturFreunde Deutschlands 2014a, 17

¹⁸⁸ NaturFreunde Deutschlands 2017, 30

¹⁸⁹ Hermesbürgschaften werden allerdings nicht nur für AKW-Bauteile vergeben, sondern für unterschiedlichste Exportgeschäfte.

¹⁹⁰ Hikschi 2017, 18

sitzender der Bundesvorsitzende der NaturFreunde Deutschlands Michael Müller ist¹⁹¹ - ihren Abschlussbericht veröffentlicht hat, der die Zukunft des deutschen Atommülls regeln soll, werden diese Ergebnisse stark kritisiert. Das Problem liegt nicht nur darin, dass die NaturFreunde darauf bestehen, dass Gorleben als möglicher Standort eines Lagers ausgeschlossen wird, sondern auch, dass die NaturFreunde, wie in Kapitel 6 beschrieben, eine Endlagerung für unmöglich halten. Die NaturFreunde glauben nicht, dass es die Möglichkeit gibt Atommüll an einem Ort so sicher zu lagern, dass er an diesem Ort die gesamte nötige Zeit verbleiben kann. Eine konkrete Alternative können die NaturFreunde jedoch aufgrund unterschiedlicher interner Ansichten nicht vorweisen¹⁹².

Seit wenigen Monaten nimmt zudem die Frage der Finanzierung der Atommülllagerung einen großen Stellenwert ein. Mit dem „Gesetz zur Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung“ – dieses verpflichtet die Atomkraftwerksbetreiber*innen zu einer gemeinsamen Zahlung von 23,556 Milliarden Euro und im Gegenzug übernimmt der deutsche Staat die Verantwortung für die Atommülllagerung – untergräbt der Bundestag aus Sicht der NaturFreunde das Verursacherprinzip. Der Betrag, für den die Atomkraftwerksbetreiber aus der Verantwortung genommen werden, sei unter Betrachtung der voraussichtlich tatsächlich entstehenden Kosten viel zu gering. Das Problem werde damit von den Verursachern an den Staat übergeben¹⁹³. Für die NaturFreunde Deutschlands ist dies ein Skandal¹⁹⁴.

7.2 Andere Aspekte der aktuellen Energiepolitik

Die Novellierung des EEG im Jahr 2014 war aus Sicht der NF ein großer Rückschritt. Anstatt den Ausbau erneuerbarer Energien weiter voran zu bringen bremste das neue Gesetz diese Entwicklung aus¹⁹⁵. Die Entstehung einer dezentralen Energieerzeugungsstruktur mit einer differenzierten Betreiber*innenlandschaft werde durch das neue EEG nicht mehr gefördert, sondern verhindert. Aus diesem Grund fordern die NaturFreunde, dass das alte EEG wiederhergestellt wird¹⁹⁶. Feste Vergütungssätze, wie sie zuvor bestanden, seien vorerst unumgänglich. Außerdem müsse die „Deckelung beim Ausbau der erneuerbaren Energien“ entfernt werden. Ohne diese Veränderun-

¹⁹¹ Deutscher Bundestag o.J.

¹⁹² Hikschi 2017, 9 f.

¹⁹³ Müller 2016

¹⁹⁴ Hikschi 2017

¹⁹⁵ Hikschi 2014

¹⁹⁶ Hikschi 2017, 11 f.

gen am EEG seien die Ziele der Energiewende nicht zu erreichen¹⁹⁷. Des Weiteren fordern die NaturFreunde Internationale, dass es auf europäischer Ebene einen Vertrag geben solle, auf dessen Grundlage die erneuerbaren Energien verbindlich gefördert werden, um so eine Energiewende in ganz Europa zu ermöglichen¹⁹⁸.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der auf erneuerbare Energien bezogenen Politik der NaturFreunde ist die Forderung keine Energieproduktion aus Biomasse mehr zu subventionieren¹⁹⁹. Da Pflanzen extra für die Energiegewinnung angebaut werden würden – während gleichzeitig nicht alle Menschen ausreichend Nahrung zur Verfügung hätten - sei es nicht zu akzeptieren, diese Kraftwerksform weiter zu fördern²⁰⁰.

Ebenso sagen die NaturFreunde, dass auch Wasserkraftwerke nicht weiter zu fördern sind. Das Potenzial für Wasserkraftwerke in Deutschland sei zum größten Teil ausgeschöpft. Den marginalen Zuwachs, den man durch den Ausbau dieser Technologien erreichen könnte, sei wegen der negativen Auswirkungen, die der Bau von Kraftwerken auf die Umwelt hat, nicht zu verantworten. Ein Rückbau der bestehenden Anlagen wird allerdings nicht gefordert²⁰¹.

Die Technologien, die aus Sicht der NaturFreunde unbedingt zu fördern seien, sind Windenergie und Solarenergie. Diese Bereiche hätten sich als die sinnvollsten Energieerzeugungsmöglichkeiten erwiesen. Solarenergie lassen sich beispielsweise gut auf den Häuserdächern in Großstädten integrieren, damit auch diese einen Beitrag zu Energieproduktion leisten. Windkraftanlagen seien, bis auf wenige Ausnahmen, in denen sie große Auswirkungen auf die Tierwelt haben würden, unbedingt zu fördern und auszubauen. Allerdings sei darauf zu achten, dass nicht großen Zentren entstehen, in denen die Energie gewonnen wird, wie beispielsweise bei Offshore-Windparks, sondern die dezentralen Energieerzeugungsstrukturen sollen gefördert werden²⁰².

Der Netzausbau stellt einen weiteren Themenkomplex dar, der die NaturFreunde aktuell beschäftigt. Sie sagen, dass die Stromnetzinfrastruktur, in Verbindung mit einer demokratischen und transparenten Bundesnetzplanung, in die Hände einer öffentlichen Netzgesellschaft übergeben werden sollte. Ein fundamentaler Unterschied zwischen den aktuellen Ausbauvorhaben und den Positionen der NaturFreunde liegt, wie bereits angedeutet, darin, dass die Energieerzeugung de-

¹⁹⁷ NaturFreunde Deutschlands 2017, 31

¹⁹⁸ NaturFreunde Deutschlands 2015, 1

¹⁹⁹ NaturFreunde Deutschlands 2014a, 17

²⁰⁰ Hirsch 2017, 13

²⁰¹ Ebd., 15

²⁰² Ebd., 14 f.

zentral organisiert sein sollte. Damit wären die geplanten „Stromautobahnen“ obsolet²⁰³. Die NaturFreunde gehen davon aus, dass die bestehenden Netze absolut ausreichend seien um die temporären Schwankungen in der Energiegewinnung auszugleichen. Aus diesem Grund lehnen sie nahezu alle Bauvorhaben ab, die einen Ausbau der Netzinfrastruktur zum Ziel, haben²⁰⁴.

Als letzten wichtigen Punkt ist das Ziel eines Kohleausstieges zu nennen. Die NaturFreunde fordern sowohl für Deutschland ein Kohleausstiegsgesetz²⁰⁵, als auch für die EU eine verbindliche Kohleausstiegsverordnung. In dieser soll der schnellstmögliche Ausstieg aus der Energieproduktion durch Braun- und Steinkohle festgeschrieben sein. Jegliche Kohleverstromung solle schnellstmöglich beendet werden²⁰⁶.

8. Wandel der atom-und energiepolitischen Agenda der NaturFreunde Deutschlands

Im folgenden Kapitel soll nun herausgestellt werden, ob und in welcher Weise sich die thematischen Schwerpunkte der NaturFreunde Deutschlands in Bezug auf Energie-und Atompolitik seit der Energiewende verändert haben. Es wird also vor allem aufgezeigt, in welcher Weise sich das Framing der NaturFreunde in Bezug auf spezielle Themenfelder verändert hat.

Zu beachten ist hierbei, dass nicht in jedem Punkt eindeutig erkennbar ist, ob die Veränderung in Zusammenhang mit der Energiewende steht, da eine solche konkrete Erhebung für diese Arbeit nicht möglich ist. Allerdings ist davon auszugehen, dass durch die großen Auswirkungen die die Energiewende auf die Energieerzeugung Deutschlands hat, diese in jedem Fall einen Teil zu den thematischen Veränderungen beigetragen hat.

Aufgrund der im Kapitel 6 erwähnten sich unterscheidenden Menge an Quellen zur jeweiligen Zeitspanne, die für die Arbeit zur Verfügung standen, kann nicht immer eindeutig gesagt werden, ob es sich wirklich um einen konkreten Wandel handelt, oder ob das Thema zuvor bloß nicht in schriftlicher Form, sondern nur mündlich, thematisiert wurde.

Hiksch's Ansicht nach haben sich die Themen und Positionen der NaturFreunde Deutschlands in untersuchten Zeitspanne wenig geändert. Allerdings sei immer wieder ein Wandel in der Fokussierung und Spezialisierung, die auch abhängig von der Tagespolitik sei, festzustellen. Auch historisch sei zu erkennen, dass Themen, die dauerhaft auf der Agenda sind, immer schwanken in

²⁰³ NaturFreunde Deutschlands 2014a, 19 f.

²⁰⁴ Hiksch 2017, 13

²⁰⁵ Kuhlwein 2014

²⁰⁶ NaturFreunde Deutschlands 2015, 3

ihrer Relevanz und Aktualität²⁰⁷. In der Praxis der NaturFreunde findet sich die, in der Theorie des Framings beschrieben, kontinuierliche Entwicklung somit eindeutig wieder.

Im Folgenden werden vier Punkte ausgemacht, an denen eindeutig eine Veränderung des Framings der NaturFreunde Deutschlands zu erkennen ist. Bei der Erläuterung der Punkte wird jeweils darauf eingegangen, inwiefern diese mit der Energiewende, bzw. mit dem Atomausstieg in Verbindung stehen.

1. Internationalisierung der Atompolitik:

Die Arbeit der NaturFreunde Deutschlands lässt in den vergangenen Jahren eine eindeutige Tendenz hin zu einer Internationalisierung ihrer atompolitischen Positionen erkennen. Neben der Konkretisierung der EURATOM bezogenen Forderungen erweitert sich auch das Spektrum an Themen, die von internationaler Relevanz sind. Die NaturFreunde Deutschlands schreiben beispielsweise ausführliche Papiere zu Atomprogrammen anderer Staaten und appelliert an die Bundesregierung, dass auch sie Einfluss auf andere Regierungen nehmen soll. Die internationalere Ausrichtung hängt auch damit zusammen, dass der Atomausstieg in Zukunft für Deutschland Realität sein wird. Diese Änderung ermöglicht es den NaturFreunde durch freiwerdende Ressourcen das Augenmerk auch auf andere Staaten zu legen. Es handelt sich also, auch wenn sie möglicherweise nicht der einzige Grund ist, um eine eindeutige Folge der Energiewende. Obwohl die NaturFreunde weiterhin den schnellstmöglichen Atomausstieg Deutschlands fordern, scheint die Intensität, mit der sie dieses Ziel auf nationaler Ebene verfolgen, je näher der reale Ausstieg rückt, immer geringer zu werden. Die Forderung nach einem Ausstieg aus der gesamten Atomtechnologie, nicht nur AKWs, wird jedoch weiterhin Bestand haben. Auch Hiksich spricht davon, dass sich die Atompolitik der NaturFreunde internationalisiert und sieht selbst einen Zusammenhang zwischen Internationalisierung und dem Atomausstieg Deutschlands²⁰⁸.

2. Intensivierung der Atommülllagerfrage:

Es lässt sich erkennen, dass sich die Art, wie die NaturFreunde die Frage der Atommülllagerung behandeln teilweise verändert hat. Das liegt zum einen an den Ergebnissen der Endlagerkommission, auf die die NaturFreunde reagiert haben. Dadurch, dass die Bundesregierung nun einen Plan vorgelegt hat, wie bei der Endlagersuche verfahren werden soll gibt es für die Umweltorganisationen wie die NaturFreunde neue Voraussetzungen, aufgrund derer sie agieren können. In der Endlagerkommission hatten die NaturFreunde zudem auch die Möglichkeit durch Michael Müller

²⁰⁷ Hiksich 2017, 17

²⁰⁸ Ebd., 5-8

direkten Einfluss auf die Ergebnisse zu nehmen. Der Bericht ist für sie allerdings trotzdem nicht zufriedenstellend²⁰⁹.

Ein zweiter Grund für die intensiviere Thematisierung der Atommülllagerfrage ist, dass die gesetzliche Neuordnung der Finanzierung und der Verantwortlichkeit für die Lagerung kürzlich geregelt wurde. So kommt es, dass es als Thema der aktuellen Tagespolitik auch für die NaturFreunde eine hohe temporäre Relevanz hat. Es lässt sich also kein direkter Zusammenhang zwischen dem Atomausstieg und der Intensivierung der Atommülllagerfrage feststellen. Allerdings ist es möglich, dass die beiden genannten Gründe durch den Atomausstieg beeinflusst sind.

3. Ablehnung der energetischen Biomasseverwertung:

Ein klarer Wandel hat in der Betrachtung der Gewinnung von Energie aus Biomasse stattgefunden. Diese lehnen die NaturFreunde heute ab. Früher hingegen fanden sie, dass diese staatlich, bzw. durch die EU zu subventionieren sei. Diese Veränderung hat allerdings nicht unbedingt einen direkten Zusammenhang mit der Energiewende. Sie ist vielmehr darauf zurückzuführen, dass erst durch die starke Verbreitung dieser Energieerzeugungsmethode für die NaturFreunde deutlich zu erkennen war, dass die Produktion im großen Rahmen aus ihrer Sicht negative Auswirkungen habe. Das kontinuierliche Wachstum der Verwendung von Biomasseenergie fand jedoch auch zeitgleich mit der Energiewende statt²¹⁰. Somit scheint eine zeitliche Parallelität plausibel, dennoch muss es keinen Zusammenhang zur Energiewende geben.

4. Neue Positionierung zum EEG

Bei der neuen Positionierung der NaturFreunde zum EEG handelt es sich nicht wirklich um eine Veränderung ihrer Grundeinstellung zum EEG. Vielmehr geht es darum, dass es in der Zeit zwischen dem Einläuten der Energiewende und heute eine Änderung des EEGs gab, die die NaturFreunde rückgängig machen wollen. Es gibt also neuerdings eine ablehnende Haltung gegenüber dem rezenten EEG, die sich allerdings ausschließlich auf die Neuerungen von 2014 bezieht und nicht die ursprüngliche Form des EEG anzweifelt. Die Veränderung, in der Art, wie das EEG thematisiert wird, ist somit zum größten Teil auf die 2014 beschlossene Novelle des EEGs zurückzuführen.

²⁰⁹ Ebd., 10

²¹⁰ Fachverband Biogas e.V. 2016

9. Fazit

Nachdem in Kapitel 4 erläutert wurde, dass die NaturFreunde eindeutig als Teil der Anti-Atom-Bewegung zu sehen sind, konnte mit der eingangs formulierten Prämisse, dass die NaturFreunde als Beispielorganisation für die Anti-Atom-Bewegung thematisiert werden, weitergearbeitet werden. Es wurde auch deutlich gemacht, dass sie wie andere Umweltverbände, ihr Engagement im Anti-Atom-Bereich nicht eingestellt haben, sondern weiter atompolitische Arbeit leisten. Nachdem dies geklärt war, konnte explizit darauf eingegangen werden wie sich die energie- und atompolitische Agenda der NaturFreunde in den Jahren direkt vor der Energiewende ausgestaltete und wie sie heute aussieht. Durch die getrennte Betrachtung dieser beiden Zeitspannen ließen sich teils markante Veränderungen ausmachen, die im Anschluss aufgeführt wurden.

Insgesamt können vier Themenbereiche ausgemacht werden, in denen eindeutig ein Wandel im Framing der NaturFreunde erkennbar ist. Jedoch lässt sich nur in einem Fall ein eindeutiger Zusammenhang mit der Energiewende, bzw. in erster Linie mit dem Atomausstieg, ausmachen. Bei den NaturFreunden Deutschlands ist eine Internationalisierung der Atompolitik zu erkennen. Das heißt, dass sich ihrer thematischen Schwerpunkte heute sehr oft mit internationalen Atomfragen beschäftigen. Bei den anderen drei beschriebenen Punkten - der Intensivierung der Atommüllfrage, der Ablehnung der energetischen Biomasseverwertung und der neuen Positionierung zum EEG - ist kein direkter Einfluss der Energiewende auf die Veränderung auszumachen. Es scheint jedoch plausibel, dass durch die gesamten energiepolitischen Entwicklungen auch diese Bereiche beeinflusst werden.

Somit wurde eindeutig festgestellt, dass seit Beginn der Energiewende Veränderungen in der Agenda der NaturFreunde stattgefunden haben. Diese beziehen sich sowohl auf die atompolitischen Aspekte als auch auf andere Themenbereiche der Energiepolitik. Damit kann die eingangsformulierte Forschungsfrage jedoch nur zum Teil beantwortet werden. Diese zielte nämlich auf Entwicklungen, die eindeutig auf die Energiewende zurückzuführen sind. Ausschließlich die Internationalisierung ist, wie beschrieben, als klare Folge der Energiewende zu betrachten.

Wichtig zu betonen ist, dass die Ergebnisse nicht auf andere Organisationen oder auf die gesamte Bewegung übertragbar sind. Dies sind exemplarische Ergebnisse, die nur für die NaturFreunde Deutschlands gelten. Es ist jedoch zu vermuten, dass auch andere Organisationen einen ähnlichen Wandel durchmachen und die Konzentration auf internationale atompolitische Themenfelder scheint eine logische Folge daraus zu sein, dass der Atomausstieg in Deutschland beschlossen ist.

Meiner Einschätzung nach wird die Anti-Atom-Arbeit, im Besonderen die der NaturFreunde, auch in Zukunft weiter eine relativ große Rolle in der politischen Arbeit spielen und sich durch den realen Atomausstieg potenziell auch noch weiter verändern. Der Weg, den die NaturFreunde auf internationaler, vor allem europäischer Ebene, eingeschlagen haben ist ein langer, an dem noch über viele Jahre zu arbeiten sein wird. Weil die Gefahr, die von Reaktorunfällen ausgeht, nicht an Staatsgrenzen halt macht vermute ich, dass die Motivation vieler deutscher Aktivist*innen, sich zu engagieren, auch weiterhin bestehen bleibt und die Anti-Atom-Bewegung als Gegengewicht zur Atomwirtschaft und der pro Atomenergie ausgerichteten EU weiter wichtiger Bestandteil der Bewegungslandschaft sein wird. Der Atomausstieg Deutschlands ist für die Anti-Atom-Bewegung ein Schritt auf dem Weg zum globalen Atomausstieg.

10. Literaturverzeichnis

- Arndt, Melanie (2016): „Tschernobyl. die bekannte, unbekante Katastrophe“, *APuZ* 66, 12-13, 3–10.
- Bittner, Jochen (2011): „Der Geist der Fünfziger“, *DIE ZEIT*, H. 13.
- Bossel, Ulf (2014): *Energiewende zu Ende gedacht. Was denn sonst?*, Oberrohrdorf.
- Brinkschmidt, Hans-Christian (1998): *Das Naturverständnis der Arbeiterbewegung am Beispiel der Naturfreundebewegung*, Frankfurt am Main.
- Brüggemeier, Franz-Josef (2015): *Sonne, Wasser, Wind. Die Entwicklung der Energiewende in Deutschland*, Bonn.
- Brunnengräber, Achim/Di Nucci, Maria Rosaria (Hrsg.) (2014): *Im Hürdenlauf zur Energiewende. Von Transformationen, Reformen und Innovationen ; zum 70. Geburtstag von Lutz Mez*, Wiesbaden.
- Brunnengräber, Achim/Hocke, Peter (2014): „Bewegung Pro-Endlager? Zum soziotechnischen Umgang mit hochradioaktiven Reststoffen“, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 27, H. 4, 59–69.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (o.J.): „Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2017). § 1 Zweck und Ziel des Gesetzes“. http://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/_1.html (Stand 9.4.2017).
- Bundeszentrale für Politische Bildung (o.J.): „Energiewende“. <http://www.bpb.de/politik/wirtschaft/energiepolitik/153722/energiewende> (Stand 9.4.2017).
- Deutscher Bundestag (o.J.): „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“. <https://www.bundestag.de/endlager-archiv/mitglieder/kommission.html> (Stand 26.5.2017).

- DGB-Kreis München (1984): „Ostermärsche in den 60er Jahren“. Information für Münchner Gewerkschafter. <http://protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/1578> (Stand 15.5.2017).
- Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hrsg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Dordrecht.
- Fachverband Biogas e.V. (2016): „Branchenzahlen“. [http://www.biogas.org/edcom/webfvb.nsf/id/DE_Branchenzahlen/\\$file/16-09-23_Biogas_Branchenzahlen-2015_Prognose-2016.pdf](http://www.biogas.org/edcom/webfvb.nsf/id/DE_Branchenzahlen/$file/16-09-23_Biogas_Branchenzahlen-2015_Prognose-2016.pdf) (Stand 27.5.2017).
- Fischer, Severin (2011): „EURATOM und die Energiewende. Szenario für die Zukunft des europäischen Atomvertrags“. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/EURATOM_und_die_Energiewende_KS.pdf (Stand 22.5.2017).
- Greenpeace Magazin (o.J.): „37 Jahre Widerstand“. <https://www.greenpeace-magazin.de/37-jahre-widerstand>. (Stand 22.5.2017)
- Grober, Ulrich (2005): „100 Jahre Rotgrün“, *DIE ZEIT*, H. 32 (4.8.2005).
- Günther, Dagmar (2003): *Wandern und Sozialismus. Zur Geschichte des Touristenvereins "Die Naturfreunde" im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Hamburg.
- Hicksch, Uwe (2014): EEG-Novelle der Bundesregierung ist ein Rückschritt“. <https://www.naturfreunde.de/eeg-novelle-der-bundesregierung-ist-ein-rueckschritt> (Stand 27.5.2017).
- Höfer, Renate (2007a): „Zwischen erster und zweiter Moderne. Identifikationsprozesse in zivilgesellschaftlichen Organisationen am Beispiel der Naturfreunde“, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 20, H. 2, 102–110.
- Höfer, Renate (2007b): *Zwischen Traditionsbehauptung und Neuerfindung. Bürgerschaftliches Engagement am Beispiel der Naturfreunde e.V.*, München.
- Kemfert, Claudia (2016): „Globale Energiewende. "Made in Germany"?", *APuZ* 66, 12-13, 17–24.
- Knaut, Annette/Plottka, Julia (2012): „Wie bringen Kampagnen soziale Bewegungen zum Erfolg? Lehren aus Stuttgart 21 und der Anti-AKW-Bewegung“, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 25, H. 1, 83–89.
- Knoch, Habbo (Hrsg.)(2007): *Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Moral und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren*, Göttingen.
- Kuhlwein, Eckart (2014): „Deutschland braucht ein Kohleausstiegsgesetz“. <https://www.naturfreunde.de/deutschland-braucht-ein-kohleausstiegsgesetz> (Stand 27.5.2017).
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (o.J.): „Die Energiewende 2011“. <http://www.lpb-bw.de/energiewende.html> (Stand 25.5.2017).

- Marcinkowski, Frank (Hrsg.) (2014): *Framing als politischer Prozess. Beiträge zum Deutungskampf in der politischen Kommunikation*, Baden-Baden.
- Marg, Stine/Walter, Franz (Hrsg.) (2013): *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? ; BP-Gesellschaftsstudie*, Bonn.
- Marian, Hans-Gerd (2009): „Die Bundestagsfraktion der NaturFreunde“, *NATURFREUNDiN*, H. 4, 14–15.
- Marian, Hans-Gerd (2010): „Klimaschutz durch Ausstieg aus der Atomkraft“, *Naturefriends Yearbook 2010*, 22–23.
- Mohr, Christian (2015): *Das Mobilisierungsmodell der Konfliktgesellschaft*. Dissertation, Köln.
- Müller, Michael (2016): „Der goldene Handschlag mit den Atomkraftbetreibern. Wie das Verursacherprinzip in der Umweltpolitik außer Kraft gesetzt wurde“. <https://www.naturfreunde.de/der-goldene-handschlag-mit-den-atomkraftbetreibern> (Stand 4.4.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (o.J.a): „Bundesverband der NaturFreunde Deutschlands“. <https://www.naturfreunde.de/bundesverband> (Stand 4.4.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (o.J.b): „Chronik der NaturFreunde“. <https://www.naturfreunde.de/chronik-der-naturfreunde> (Stand 28.3.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (o.J.c): „Die NaturFreunde Deutschlands. Wir sind ein gesellschaftspolitisch aktiver Freizeitverband!“. <https://www.naturfreunde.de/ueber-uns> (Stand 22.3.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (o.J.d): „Unser Selbstverständnis und unsere Angebote“. https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfd_leitbild.pdf (Stand 30.3.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (2014a): „29. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands. Beschlüsse“. https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfdbk_2014_beschlussheft140516.pdf (Stand 26.5.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (2014b): „Satzung. der NaturFreunde Deutschlands Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur Bundesgruppe Deutschland e.V.“. https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfd_satzung_2014.pdf (Stand 20.2.2017).
- NaturFreunde Deutschlands (2015): *Energiestrukturen in der EU demokratisieren. Atom-und Kohlepolitik der EU-Kommission sofort beenden!*, Olmütz.
- NaturFreunde Deutschlands (2017): „30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands. Beschlüsse“. https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfdbk_2017_beschlussheft.pdf (Stand 26.5.2017).
- Naturfreunde Internationale (2008): „Klimacharta der Naturfreunde“. <http://umwelt.naturfreunde.at/files/uploads/2010/01/NFI-KlimachartaDE.pdf> (Stand 22.5.2017).

- Naturfreunde Internationale (2009a): „Energiepolitische Positionen der Naturfreunde“. http://www.nfi.at//index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=122&Itemid=50 (Stand 21.5.2017).
- Naturfreunde Internationale (2009b): „Kleinwasserkraftwerke. NICHT UM JEDEN PREIS“. http://www.nfi.at//index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=106&Itemid=50 (Stand 22.5.2017).
- Naturfreundejugend Deutschlands (2009): „Position Nr. 3/09. Countdown 2021: Atomkraftwerke abschalten - sofort“. http://www.naturfreundejugend.de/service/downloads/doit/292/Bundeskonferenz_2009_Position_Atomkraftwerke.pdf. (Stand 21.5.2017).
- Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) (1994): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen.
- Paul, Reimer (2011): „Unberechenbar auch für sich selbst. Eine Bilanz der Anti-AKW-Bewegung von Whyl bis Tschernobyl“, in: o.A., *Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Die AKW-Protestbewegung von Whyl bis Brokdorf*, Hamburg, 197–217.
- Pehl, Thorsten /Dresing, Thorsten (2013): *Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende*, Marburg.
- Piepenbrink, Johannes (Hrsg.) (2012): *Ende des Atomzeitalters? Von Fukushima in die Energiewende*, Bonn.
- Przyborski, Aglaja /Wohlrab-Sahr, Monika (2008): *Qualitative Sozialforschung. Ein Arbeitsbuch*, München.
- Radkau, Joachim (2011): „Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung“, *APuZ*, 46-47.
- Reiß, Manuel (2007): „Kampagnen von Umwelt-NGOs zwischen Kooperation und Konfrontation“, *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 20, H. 3, 40–48.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (1987): *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn.
- Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.) (2008): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt.
- Rucht, Dieter (Hrsg.) (2001): *Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen*, Frankfurt/Main, New York.
- Sander, Hendrik (2016): *Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima*. Dissertation, Berlin.

Schildt, Axel (2001): „Innere Entwicklung der Bundesrepublik bis 1989“, *Informationen zur politischen Bildung*, H. 270, 4–14.

Sternstein, Wolfgang (2013): *"Atomkraft - nein danke!"*. *Der lange Weg zum Ausstieg*, Frankfurt am Main.

Uekötter, Frank (2016): „Utopie ohne Ökonomie. Aufstieg und Niedergang der Atomkraft in der westlichen Welt“, *APuZ* 66, 12-13, 11–17.

Zimmer, Jochen (Hrsg.) (1984): *Mit uns zieht die neue Zeit. Die Naturfreunde ; zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung*, Köln.

Zimmer, Annette /Hallmann, Hallmann (Hrsg.) (2016): *Nonprofit-Organisationen vor neuen Herausforderungen*, Wiesbaden.

Interview

Hiksch, Uwe (2017): Experteninterview durchgeführt vom Autor, Berlin (15.3.2017).

Bilder

Deckblatt: Hiksch, Uwe (2017): <https://antiatomblog.wordpress.com/>(Stand 28.5.2017).

Eigenständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbständig verfasst habe und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommen sind, sind als solche kenntlich gemacht. Ich versichere, dass die schriftliche (gebundene) und elektronische Form übereinstimmen.

Göttingen, den

Luca Milan Schirmer